

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 18 / 41. Jg.

4. Mai 1928

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Hupf, Berlin N 24 - Druck und Expedition Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viersgesaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagsort Schkeuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

## Zu den Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe.

Wie schon bereits mitgeteilt wurde, hat der Verbandsvorstand nach eingehender Beratung den Tarifvertrag für das Deutsche Lithographie-, Öfset-, Steindruck-, Notendruck- und Notensichgewerbe und die Deutsche Bromsilber-Kunst-druckindustrie — dieses Wortungeheuer ist ver-gangenes Jahr geboren worden — form- und frist-gemäß gekündigt. Von den Unternehmern ist dies-es Jahr eine Kündigung des Tarifes nicht aus-gesprochen worden. Infolge der Gehilfenkündi-gung sind auch dieses Jahr Tarifverhandlungen und keine Tarifrevisionsverhandlungen, was tar-ifrechtlich allerlei zu sagen hat. Wenn nämlich der Tarif nicht gekündigt worden wäre, würde er noch ein Jahr weiterhin in Geltung sein, auch wenn Tarifrevisionsverhandlungen nicht die geringste Änderung brächten. Mit der ausge-sprochenen Kündigung ist es anders. Führen die Tarifverhandlungen zu einem Ergebnis, das durch Urabstimmung nicht gebilligt werden kann, dann tritt eine tariflose Zeit ein, wenn nicht ein Zwangsschiedsspruch an die Stelle des Tarifver-trages gesetzt wird.

Nach den zu den diesjährigen Tarifverhand-lungen gestellten Anträgen zu urteilen, scheint eine Verständigung der beiden Vertragsparteien so gut wie ausgeschlossen zu sein, wenn nicht eine ganz erhebliche Reduzierung der Ansprüche vorgenommen wird. Während die Gehilfenanträge einen zeitgemäßen Ausbau der einzelnen Tar-ifpositionen anstreben, laufen die Unternehmeran-träge darauf hinaus, noch einen Abbau von dem wenigen zu erreichen, was jetzt tarifliches Recht ist. Ob die Unternehmer ernstlich glauben, den Gehilfen erneut eine Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzwingen zu können, ist ihre Sache; die Gehilfen sind jedenfalls der Meinung — und sie werden dieser Meinung auch not-falls Opfer bringen —, daß es an der Zeit ist, mindestens wieder das in Geltung zu setzen, was einmal war und was das Gewerbe mit Eleganz tragen kann. Denn es ist unbestreitbar, daß sich das Gewerbe gut erholt hat und die graphischen Betriebe haben an dem allgemeinen Aufstieg ihren guten Anteil gehabt. Es ist deshalb an der Zeit, daß auch die Gehilfenschaft ihren entsprechenden Anteil durch Ausgestaltung des Tarifes an diesem Aufstiege bekommt. Langt die Unternehmer-einsicht nicht so weit, durch vertragliche Verein-barungen den notwendigen Ausgleich zu schaffen, dann muß eben dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen bleiben zu gestalten, was Kraft und Zeit erzwingt.

Betrachtet man die Anträge der Unternehmer zu den Tarifverhandlungen im einzelnen, dann er-gibt sich als Motto: Rückwärts immer! Es ist auch nicht ein Antrag darunter, der aus der Sorge um das Wohlergehen des Gewerbes geboren ist. Es geht nur um das Wohlergehen der Unterneh-mer oder der Aktionäre. Die Anträge besagen: der Wirtschaft, das sind wir Unternehmer, und der Profit ist unser Gott. Um des Profites willen haben die Gehilfen länger und mehr zu arbeiten, um des Profites willen müssen mehr Lehrlinge al. Lohnsenkungsmaschinen eingestellt werden, um des Profites willen ist die Feiertagsbezahlung abzubauen und sind all die kleinen Schikaneen durchzuführen, die wir beantragen. Was aus den Gehilfen würde, wenn die Unternehmerwünsche Beachtung wären, ist den Unternehmern ganz gleich-gültig. Sie sind nach ihrer Mentalität die Herren und die Gehilfen sind die Knechte. Obwohl das als den Gehilfen freilich längst bekannt ist, ist es doch nicht ganz deplaziert, es wieder einmal zu unterstreichen, weil in der Tagespraxis das Unternehmerargument nicht verschmäht wird, nur der Tarif sei Hindernis, den berechtigten Wün-schen der Gehilfenschaft so entgegen zu kommen, was es die Lage des Betriebes und des Gewerbes g-tatte.

Um zu beweisen, daß unsere Feststellungen nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf re-

alen Unterlagen basieren, sei kurz angedeutet, was die Unternehmer alles von den Gehilfen bei den Tarifverhandlungen haben wollen. Da be-kannt ist, was die Gehilfenschaft dem entgegen-setzt, braucht nicht besonders darauf eingegangen zu werden. Als erste Forderung wird von den Unternehmern präsentiert, daß bei Schichtarbeit die Mehrzahlung erst ab 19 Uhr abends zu erfolgen hat. Als Entgegenkommen soll die erste Schicht von 6 Uhr an ohne Zuschlag arbeiten dürfen. Wo Tagesauflagen gedruckt werden, soll statt des freien Sonnabendnachmittags die tägliche Arbeits-zeit eingeführt werden dürfen. Beim Kapitel Min-destlohn soll außer einiger Ortsvertretungen im vorstintflutlichen Ortsklassenverzeichnis der Lohn nicht nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit, son-der nach Maßgabe der Leistungen vereinbart werden. Was hinter diesem Antrage steckt, ist von uns schon einmal unwidersprochen heraus-gestellt worden. Sicher glauben die Unternehmer, durch ununterbrochenes Bohren doch einmal zum Ziele zu kommen. Aber mit dem ununterbroche-nen, erfolgreichen Bohren dürfte es wohl vorbei sein. Was die Unternehmer jetzt noch zu bohren vermögen, sind nur noch Sprenglöcher!

Ein besonderes Kapitel der Unternehmeran-träge sind die zum Lehrlingswesen. Diese An-träge sollen anscheinend ein Beweis dafür sein, daß man in Unternehmerkreisen tatsächlich die gegenwärtige Konjunktur als Mengenkonjunktur ansieht, bei der absolut nichts herauszuschau. Je-denfalls halten es die Unternehmer hier auch mit der Menge. Nicht nur, daß die Lehrlingsstaffel zugunsten einer verstärkten Lehrlingseinstellung geändert werden soll, verlangen die Unterneh-mer auch noch die Zulassung von besonderen Off-setstiften. Weiter sollen die Lehrlinge, die trotz heißem Bemühen des Schutzverbandes auf rest-lose Ausnutzung der tariflichen Lehrlingsstaffel nicht eingestellt werden, lehrlingshungrigen Be-trieben zur gefälligen Bedienung zur Verfügung stehen. Und solche Betriebe gibt es auch. War man doch so naiv, für ein Dutzend überzählige Lehrlinge als Bagatelle Zubilligung zu fordern, und zwar für eine Firma. Wo die jungen Men-schen nach ihrer Auslehre bleiben, kümmert die Lehrerinnen verdammt wenig. Die Hauptsache ist, daß unbändig viel Lehrlinge die Betriebe bevöl- kern. Angepiest wird dieser Egoismus als so-ziales Empfinden. Wo dieses soziale Empfinden bei der mangelnden Ausdehnungsfähigkeit des Gewerbes seinen Ausdruck sucht, ist mit Hän-den zu greifen. Ja, die Unternehmer haben es ja selbst ausgesprochen, daß die — angebliche — unverantwortliche Lohntreiberei der Gehilfen sie dazu zwingt, durch Überangebot von Kräften dem ein Ende zu machen.

Aber ob sie noch an dieser ehrlichen Begrün-dung ihrer hahnhehlichen Forderungen bezüglich des Lehrlingswesens festhalten oder nicht: die diesjährigen Tarifverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe werden nicht zuletzt un-ter dem Drucke einer Neuregelung des gesamten Lehrlingswesens überhaupt stehen. Die Gehilfen-schaft hat einen entsprechenden Antrag gestellt und ohne tiefgreifende Reformen des Lehrlings-wesens dürfte es keinen neuen Tarif geben. Es ist ja auch höchste Zeit, daß endlich mit der man-gelhaften Ausbildung von Lehrlingen aufgeräumt wird, die die Unternehmer als junge Gehilfen großzügig der Fürsorge der Gehilfenschaft über-lassen. Der jetzige Zustand schreit einfach zum Himmel und nach Abänderung! Sind die Unter-nehmer nicht bereit, den von der Gehilfenschaft vorgeschlagenen Weg mit zu gehen, dann muß er eben ohne sie und gegen sie gegangen werden. Annahme und Ausbildung der Lehrlinge muß jetzt in ein gewerbeförderndes Verhältnis gebracht werden!

Daß die Unternehmer auch wieder ihren alten Antrag eingereicht haben, die bezahlten Feier-tage auf 8 Stück zu begrenzen, versteht sich am

Rande. Natürlich sollen auch künftig durch Reichsgesetz, Landesgesetz oder sonst durch Be-hörden angeordnete Feiertage der Bezahlung nicht unterliegen. Ob den Unternehmern etwas schwanzt? Bestimmt schätzen die Unternehmer die Gehilfen falsch ein. Sicher ist, daß die Gehilfenschaft kein Jota von der Bezahlung der angeordneten Feier-tage abgehen wird.

Die übrigen Anträge der Unternehmer sind schlechte Demonstrationsanträge; auch der zum Arbeitsnachweis, der eine Angliederung der Ar-beitsnachweise an die städtischen Nachweisbehör-den fordert. Weil die Gehilfenschaft bisher im-mer am tariflichen Arbeitsnachweis festgehalten hat, glauben die Unternehmer, mit diesem An-trag einen besonderen Druck auf die Gehilfen-vertreter ausüben zu können. Aber die Unterneh-mer werden, wie so oft schon, einer recht großen Täuschung verfallen, wenn der tarifliche Arbeits-nachweis einmal zwangsweise aus den Händen der Vertragsparteien genommen sein wird. Schon jetzt sind doch die Fälle Legion, wo die Unter-nehmer, trotz tariflicher Bestimmungen, Durch-stechereien anregen, um besonders tüchtige Ar-beitskräfte zu ergattern. Es gehört doch keine Weitsicht dazu, schon jetzt zu erkennen, daß dann tüchtige Arbeitskräfte vom Nachweis überhaupt nicht zu haben sind. Was für den Arbeitsnachweis übrig bleiben wird, sind die vom linken Flügel, mit denen sich in der Hauptsache die Firmen be-gnügen werden müssen, die heute so für den ge-setzlichen Arbeitsnachweis schwärmen. Wir wer-den sehen, wir werden hören und dann wird sich zeigen!

Daß bei den angeblich hohen Löhnen der Gehilfen in den Unternehmeranträgen kein Wort von einem Lohnausgleich zu finden ist, wird keinen Kollegen sonderlich verwundern. Alle Unterneh-mer sind vom Stamme Nimm! Daß Geben seliger als Nehmen ist, soll zwar in einem dicken Buche als christliches Gesetz stehen, aber damit hat die „Wirtschaft“ bekanntlich nichts zu tun. Trotzdem wird während der Tarifverhandlungen sehr nach-drücklich über Erhöhung der Mindestlöhne und über einen Lohnausgleich gesprochen werden. Denn es stehen ja nicht nur die Unternehmeran-träge, sondern auch die Gehilfenanträge zur Aus-sprache. Und neben einem Lohnausgleich ver-langen die Gehilfen noch einiges andere, das recht heftige Auseinandersetzungen hervorrufen dürfte. Verwiesen sei nur auf die verlangte Neuformulie-rung des § 1, auf die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit, auf die Reduzierung der tariflichen Überstunden und auf die Erhöhung der Ferien-tage, um die wichtigsten Anträge der Gehilfen-schaft zu nennen. Und der Lohnausgleich wird nicht als geeignetes Handelsobjekt in Betracht zu ziehen sein, wie auch die tarifliche Regelung der Überstunden ganz vom Verhalten der Unternehmer abhängig gemacht werden kann. Es gibt aber auch noch eine andere, den Unternehmern auch sehr wichtige Tarifposition, die durchaus leicht durch Zurückgehen auf den gesetzlichen Stand der tariflichen Vereinbarung entzogen werden kann. In den Hallen eines Teiles der Gehilfen würde darüber besondere Freuden herrschen, weil sie der reichs-schiedsgerichtlichen Juristerei keine Freude abgewinnen können und arbeitsgerichtlich die Er-folge für sich haben.

Wir haben nur kurz angedeutet, was die Unter-nehmer diesmal alles von den Gehilfen haben wol-len. Aber es dürfte zur Beurteilung der Situation für die Kollegen genügen. Daß auch nicht vom geringsten Entgegenkommen der Gehilfen die Rede sein kann, dürfte einheitliche Meinung der Kollegenschaft sein. Die Unternehmer rechnen si-cherlich auch nicht damit. Ihre Anträge haben offensichtlich den ausgesprochenen Zweck, die Wiedergutmachung ihrer Inflationssünden auf die lange Bank zu schieben. Sie sind deshalb gut be-raten, den Friedenswillen der Gehilfenschaft nicht einer zu starken Belastungsprobe auszusetzen. Der

# Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Jena.

In Nr. 10 der „Graphischen Presse“ vom 9. März 1928 ist der Verbandstag für den 29. Juli und folgende Tage nach Jena mit folgender vorläufiger Tagesordnung berufen worden:

1. Geschäftliche Angelegenheiten.
2. Geschäftsberichte der Verbandskörperschaften.
3. a) Das neue Arbeitsrecht und seine Bedeutung.  
b) Die Wirtschaftsentwicklung in unseren Berufen.  
c) Die technischen Fortschritte in unseren Berufen.
4. Die Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes.
5. a) Die Vorschläge des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Reform der gewerkschaftlichen Einrichtungen.  
b) Beratung der zu den Satzungen gestellten Anträge.
6. Wahlen.
7. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Gemäß § 11, Abs. 3 der Verbandssatzungen muß die Wahl der Delegierten drei Monate vor Stattfinden des Verbandstages ausgeschrieben werden. Diese Ausschreibung erfolgt hiermit. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach § 11 der Satzungen gaulweise durch Urabstimmung. Der Gauvorstand bildet den Wahlvorstand; er schreibt die Wahl aus nach einer vom Verbandsvorstand aufgestellten Wahlordnung. Er hat die Urabstimmung so rechtzeitig anzuordnen, damit die gewählten Delegierten dem Verbandsvorstand bis zum 10. Juli d. J. bekanntgegeben werden können. Jede Mitgliedschaft hat das Recht, Kandidaten aufzustellen und sie dem Gauvorstand zu nennen. Zu Delegierten sind nur solche Mitglieder wählbar, die den vollen Beitrag zahlen und mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich organisiert sind. Sie brauchen in dem Wahlkreis nicht zu wohnen.

Unter Beachtung des § 11, Abs. 8 der Verbandssatzungen erhalten die Gauen folgende Delegierten: Gau I, Berlin 12; Gau II, Breslau 2; Gau III, Hamburg 5; Gau IV, Köln 5; Gau V, Leipzig 12; Gau VI, Dresden 5; Gau VII, Frankfurt 4; Gau VIII, Stuttgart 3; Gau IX, München 3; Gau X, Nürnberg 3.

Der Verbandsvorstand.

Tarif ist nicht aus Spielerei von den Gehilfen gekündigt worden; auch Übermut hat diesen Beschluß nicht diktiert! Die Gehilfenschaft wünscht wieder den Abschluß eines Tarifvertrages. Aber es muß auch ein Tarifvertrag mit Positionen sein, der des Abschlusses würdig ist! Der bis 31. Mai geltende Tarifvertrag war ein Kind der Not der Zeit, gezeugt durch Inflation und Schutzverbands-Tarifbruch. Mit Ausnahme der Tarifpositionen über das Lehrlingswesen und die Feriengewährung bietet der Tarif jetzt zum Teil schlechteres als es die gesetzlichen Bestimmungen bieten. Da nach Annahme des „Steindruckgewerbes“ das Berufsausbildungsgesetz ebenfalls bald Gesetzeskraft erlangt, viele auch noch das geregelte Lehrlingswesen als Guthaben des Tarifvertrages fort. Es muß deshalb bei den Tarifverhandlungen von den Unternehmern schon einiges geboten werden, wenn die gutorganisierte Gehilfenschaft die Freiheit der Handlung opfern soll. Um das geht es in den Tagen vom 14. bis 16. Mai! Ob die Unternehmer sich darüber im klaren sind? Die Gehilfenschaft ist sich darüber vollständig im klaren und wird ihr Handeln entsprechend einstellen!

## Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Industrie- und Handel seit Anfang des Jahres als Ganzes betrachtet, zeigt die Tendenz einer lebhaften Tätigkeit. Diese erhöhte Tätigkeit beschränkt sich keineswegs auf irgendeinen Handels- oder Fabrikationszweig, sondern dehnt sich weit aus und ihre Auswirkung auf Erzeugung, Verteilung, Beschäftigungsgrad und Verbrauch ist bemerkenswert gleichmäßig. Diese durchaus günstige Entwicklung betrifft hauptsächlich die inneren Verhältnisse und den Inlandsmarkt.

Der lange und mühsame Prozeß der Umstellung und Rationalisierung ist zum großen Teil mit der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands mit der übrigen Welt abgeschlossen. Ein wertvolles Mittel, die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und zu steigern ist ein ausgedehnter Inlandsmarkt, der eine Gewähr für große Produktion zu verminderten Herstellungskosten bietet. Der entscheidende Faktor aber für die Sicherung unserer Zukunft liegt im Außenhandel und hier ist es der Preis, der in Frage kommenden Waren im Wettbewerb der Nationen um Belieferung, und die deutschen Preise haben in letzter Zeit eine beunruhigende Tendenz zu steigen oder auf ihrem hohen Niveau zu bleiben.

Eine Preissteigerung bzw. eine Preisstagnation trotz kostensparender Umstellungen, die ihre Ursache in den Kreditverhältnissen hat, wird der Zeit gefährlich. Die wirkliche Probe, welchen Wert die ganze Umstellung hat, hängt nun von der weiteren Frage ab, ob die deutsche Wirtschaft weiter Kraft genug besitzt, mit der übrigen Welt im Wettbewerb gleichen Schritt zu halten. Wenn sich das, was bis jetzt getan wurde, nur in einer Beschleunigung des Tempos und einer Verbesserung des Umfangs des inländischen Geschäftes ausgewirkt hat, kann der Wiederaufbau bis jetzt nur als unvollständig und diese augenblickliche Besserung nur als vorübergehend betrachtet werden. Die Umstellung könnte sogar zu einer internen Überentwicklung und möglicherweise zu neuen Schwierigkeiten in der Zukunft führen. Wenn jedoch besseren Inlandsmärkten und der damit verbundenen größeren Produktion ein jehafter Handel, sowohl in der Ausfuhr als auch in der Einfuhr, gegenübersteht, so wird klar zu erkennen sein, daß die deutsche Wirtschaft wieder gesund

ist und sich eine wettbewerbsfähige Basis geschaffen hat. Alsdann kann der Wiederaufbauprozeß als erfolgreich angesehen werden. Sollte aber die Wettbewerbsfähigkeit unter dem Druck der Preise bzw. unter dem Druck der Kreditverhältnisse leiden, so ist die ganze Umstellung, weil sie sich eben nur bei einem gegebenen Absatz lohnt, eine interne Überentwicklung, die nach Sättigung des Inlandmarktes zusammenbricht.

Seit Juli v. J. hat wohl der Wert der Ausfuhr ein erfreuliches Ansteigen gezeigt, jedoch belief sich der Fehlbetrag des Außenhandels für die 12 Monate des Jahres 1927 auf ungefähr 4100 Millionen Reichsmark. Das Januarergebnis dieses Jahres zeigt nun allerdings einen Rückgang des Außenhandels auf 875 Millionen Reichsmark gegen 960 Millionen im Vormonat. Der Februar zeigt ein wesentlich günstigeres Bild. Die Einfuhr, die weiter einen hohen Stand zeigt, belief sich auf rund 1213 Millionen Reichsmark, die Ausfuhr stieg auf rund 956 Millionen Reichsmark. Unter Berücksichtigung des Wertes an Reparationslieferungen ergibt sich für Februar eine Passivität von rund 200 Millionen Reichsmark, etwa halb so viel wie im Januar d. J. Besonders auffällig ist die Ausfuhrsteigerung im Verhältnis zu dem Vorjahre; denn sie betrug für Februar ca. 25 Proz. des vorjährigen Wertes (767 Millionen Reichsmark). Der größte Teil der Zunahme entfiel auf die Fertigwarenindustrie. Sie betrug allein 700,5 Millionen Reichsmark. Es hat also den Anschein, daß die steigende Tendenz für 1927 auch auf 1928 anhält. In den nächsten Monaten wird vielleicht noch durch die Auslandsaufträge der Leipziger Messe dieser günstige Stand in einer besonderen Kräftigung der Ausfuhrziffern zum Ausdruck kommen. Trotz allem kommen wir über den wesentlichen Fehlbetrag des Außenhandels nicht hinweg. Ist auch anzunehmen, daß ein gewisser Teil der eingeführten Rohstoffe, der zu dem Anwachsen des Fehlbetrages beigetragen hat, wieder in Form von Fertigfabrikaten hinausströmen wird, so gibt doch der Umfang des Einfuhrüberschusses einige Aufklärung über die Größe der Nachfrage zu Zwecken des inländischen Verbrauches. Für die Bezahlung dieses Einfuhrüberschusses bedient sich nun Deutschland in der Hauptsache der ausländischen Anleihen und Kredite. Es ist ein unumstößlicher Lehrsatz, daß ein anleihezunehmendes Land den Erlös seiner Anleihen in Form von Gold oder Devisen, Wertpapieren oder Waren einführt, aber es ist natürlich nicht anzunehmen, daß eine Anleiheaufnahme notwendigerweise der Einfuhr von Waren vorangeht. In Deutschland ist der Prozeß komplizierter insofern, als Auslandskredite oft als Basis für Inlandskredite verwendet worden sind, die ihrerseits auf die inländische Erzeugung und den Verbrauch anregend wirkten und das Einströmen weiterer Waren vom Ausland sowie weitere Anleihen hervorriefen. Das Defizit im Außenhandel ist sowohl in der Ursache als auch in der Wirkung eng mit der Darlehnsaufnahme im Ausland verbunden; jedes ist ein Teil des gleichen Problems. Die Schrumpfung des einen führt leicht früher oder später zur Schrumpfung des anderen.

Bemerken wir also im Bezug auf das Auslands-geschäft eine erhöhte Ausfuhrfähigkeit, die uns allerdings die Sorge um die Passivität der deutschen Handelsbilanz nicht nimmt, so konstatieren wir für die innere Geschäftslage eine verbesserte finanzielle Basis von Bank-, Industrie- und Handelsunternehmungen, gemessen an ihren Bilanzen und Berichten. Die letzten Zweimonatsübersichten der sechs Berliner Großbanken er-

geben, an der Jahresbilanz gemessen, einen Rückgang des Kassenbestandes und der Notenbankguthaben um rund 156 Millionen Reichsmark (31. Dezember 1927: 327,05 Millionen Reichsmark), womit die Großbanken Ende Februar eine außergewöhnlich niedrige Kassenliquidity von etwas über 2 Proz. aufweisen. Die hier freigewordenen Mittel sind jedoch meist in Wechseln angelegt worden, die eine Zunahme um 165 Millionen Reichsmark zeigt. Auch diese Anfüllung des Wechselportefeuilles war nach der Entwicklung am freien Wechselmarkt zu erwarten. Die Nostro-Guthaben erfuhren einen Rückgang um 114 Millionen Reichsmark, woraus geschlossen werden kann, daß die Banken nach der Erledigung der Jahresbilanz nicht mehr einen so gesteigerten Wert auf gute Auslandsliquidity legen. Möglich, daß auch bewußt Auslandsguthaben abgezogen worden sind, um die Mittel besser anzulegen. Diese Anlage geschah, abgesehen von der Auffüllung des Wechselportefeuilles, in einer Vermehrung der Warenvorschüsse um 39 Millionen Reichsmark sowie dem weiteren starken Anwachsen der Debitoren um 288 Millionen Reichsmark, wovon der größere Teil allerdings auf die ungedeckten Debitoren entfällt (rund 180 Millionen Reichsmark).

Die Veränderungen lassen sich also kurz dahin charakterisieren, daß sowohl durch neue Auslandskredite (Zuwachs der Kreditoren), als auch durch Abführung von Auslandsguthaben (Abnahme der Nostro-Guthaben) Mittel gewonnen wurden, um sie als Kredite in Form von Debitoren und Warenvorschüssen in die Wirtschaft zu leiten. Die Veränderungen der übrigen Konten auf der Aktivseite gleichen sich untereinander etwas aus. Durch diese Veränderungen hat auch die Liquidität eine Beeinträchtigung erfahren: Kreditoren und Akzeptanten sind durch die liquiden Mittel in der üblichen Zusammenfassung mit rund 55 Proz. gedeckt gegenüber 56½ Proz. in der letzten Jahresbilanz. Bemerkenswert ist die relativ erhebliche Zunahme des Wertpapierkontos um 12 Millionen Reichsmark und der Konsortialbeteiligung um 13 Millionen Reichsmark. Hierin spiegelt sich die Börsenlage der beiden ersten Monate wider; die gerade jetzt an der Börse beobachtete starke Konsortialbildung dürfte auch hiermit im Einklang stehen.

Ungefähr das gleiche Bild zeigt die Summe der Zwischenbilanzen bei den restlichen 80 Privatbanken, den 21 Staats- und Landesbanken und den 16 Girozentralen (Geldausgleichsstellen der Kommunalbanken und Sparkassen). Auch hier sind die fremden Gelder gestiegen. Seit dem 31. Oktober 1927 ist diese Steigerung sogar beträchtlich stärker gewesen als in der Zeit von Juni bis Oktober 1927, den vorhergehenden 4 Monaten. Die allgemeine Konjunkturbewegung hat sich also bis Ende Februar seit Juni vorigen Jahres nicht dauernd ausgeweitet. Diese Konjunktur war eine reine Wirtschaftskonjunktur, das zeigt die Verwendung der Gelder in einem sprunghaften Ansteigen der Wechselbestände, die die Entwicklung des Warenumlafes erkennen lassen. Dazu trat die weitere Entwicklung des Außenhandels bei, wie eingangs erwähnt, was in den gestiegenen Zahlen an Warenvorschüssen auf lagernde oder schwimmende Waren in fast noch stärkerem Verhältnis als bei den Wechseln zu bemerken ist. Auf der anderen Seite darf man aus der Tatsache, daß die laufenden Forderungen der Groß- und Privatbanken, das ist die laufende Kreditgewährung an die Privatwirtschaft, sehr viel langsamer gestiegen sind als die Wechsel und Warenvorschüsse, den Schluß ziehen, daß die Privatwirtschaft sehr

gut verdient hat. Sie konnte den Geldbedarf, den sie früher auf Kredit nahm, aus Einnahmen bestreiten. Die Börsenvorschüsse gingen im ganzen, trotz der großen Steigerung der privaten Bankgelder, weiter zurück: Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur sind schlechte Zeiten für die Börse. Daß die Börse auch heute noch flau ist, muß deshalb optimistisch stimmen.

Die Girozentralen (Geldausgleich der Sparkassen und Kommunalbanken) haben den Geschäftsaufstieg mitgemacht. Noch stärker als bisher haben sie, entsprechend ihrem kommunalen Bank- und Sparkassencharakter, für Wohnungsbau und sichere Spargeldanlage die langfristigen Hypotheken- und Kommundarlehnen mit den entsprechenden Sicherungen gepflegt.

Das ganze Bild berechtigt also zu weitgehendem Optimismus trotz der Arbeitslosigkeit, die, wenn wir den Beschäftigungsgrad im Januar-Februar betrachten, sich weiter zögernd vermindert (2,6 Proz. auf 1,45 Millionen Hauptunterstützungsempfänger). Insbesondere wird durch den Eintritt des guten Wetters die Besserung der Gesamtlage weiter anhalten, da die Landwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, das Baugewerbe, Verkehrsgewerbe und die Lohnarbeit wechselnder Art mit erhöhter Nachfrage in Erscheinung treten werden. Im großen und ganzen muß man sich bei Betrachtung des Arbeitsmarktes immer wieder vergegenwärtigen, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands sich riesig vermehrt hat. Durch die Einwirkung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Faktoren ist im Zusammenhang mit der von Jahr zu Jahr wachsenden Bevölkerungszahl das Angebot am Arbeitsmarkt stark gestiegen. Das Statistische Reichsamt schätzt an Hand der 1925 vorgenommenen Betriebszählung, daß die arbeitende Bevölkerung augenblicklich um ungefähr 5 Millionen größer ist als vor dem Kriege, und zwar innerhalb der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands. Das Schwinden ihrer Vermögen in der Inflationszeit hat viele Leute gezwungen, sich Beschäftigung zu suchen; sowohl aus diesem Grunde als auch infolge des Krieges und der wachsenden Bedürfnisse unserer modernen Zeit ist die Zahl der berufstätigen Frauen und Mädchen stark gestiegen. Die Verminderung des Heeres hat annähernd 600 000 Menschen gewinnbringender Beschäftigung zugeführt; es haben viele Kinder, die vor dem Kriege geboren wurden, als die Geburtenziffern exzeptionell hoch waren; inzwischen das arbeitsfähige Alter erreicht. Im ganzen scheint das große Anwachsen der werktätigen Bevölkerung innerhalb der gegenwärtigen Grenzen Deutschlands den Verlust an werktätiger Bevölkerung in den abgetretenen Gebieten mehr als auszugleichen und angesichts der Minderung der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre die Zahl der tatsächlich in Deutschland beschäftigten Personen auf den höchsten bisher erreichten Stand gebracht zu haben. Wie in anderen Ländern, sind auch in Deutschland Ziffern über den absoluten Umfang der Arbeitslosigkeit nicht greifbar; außerdem haben sie alle den Mangel, daß man wohl die Arbeitssuchenden registriert, aber niemals feststellt, ob der Arbeitssuchende tatsächlich arbeitsfähig ist. Zum Beispiel ergibt sich in unserem Gewerbe folgendes Bild: Durchschnittlich im Monat Januar-Februar 256 Arbeitssuchende, den stehen 114 offene Stellen gegenüber, von denen nur 89 besetzt werden können, 25 bleiben unbesetzt, weil keine passenden Kräfte vorhanden sind. Wir haben also, nur statistisch betrachtet, das Kuriosum, daß der Arbeitsmarkt genug Angebot hat und doch war die Nachfrage nicht zu befriedigen. Dasselbe Bild mag sich nun bei allen anderen Spezialarbeitsmärkten ergeben. Ich denke dabei besonders an ältere Angestellte etc., so daß tatsächlich aus den Arbeitslosenziffern schwerlich genau der Beschäftigungsgrad einer Industrie sich ersehen läßt.

Genauere Daten liefern die Berichte über die Kohlenförderung. Sie ist immer außerordentlich hoch. Der Absatz der einzelnen Sorten hat sich jedoch verschiedenartig entwickelt. Fettkohle und Koks, also industrielle Brennstoffe, werden weiterhin gut abgerufen, der Absatz an Hausbrandkohle ist dagegen erheblich gesunken, vor allem ließ die Nachfrage nach Brechkoks, der in den letzten Monaten für Zentralheizungszwecke stark begehrt wurde, fühlbar nach. Neben dem Rückgang des Haushaltbedarfs und des Bedarfs der Elektrizitätswerke war die Zurückhaltung der Käufer, die regelmäßig vor Inkrafttreten der Sommerpreise zu beobachten ist, von Einfluß. Dementsprechend ist auch der Kohlenverkehr auf der Reichsbahn zurückgegangen, was aber kompensiert wurde durch höheren Düngemittel- und Beaufstoffversand. In der eigenschaftlichen Industrie unterlagen die Produktionsziffern leichten Schwankungen. Rohstahlgewinnung und Walzwerksleistung sind zurückgegangen, die Roheisenherzeugung ist dagegen arbeitstäglich leicht gestiegen und hat damit einen neuen Rekordstand erreicht. Die Werke sind zwar gegenwärtig noch voll beschäftigt, doch soll der Auftragsgang nur wenig befriedigen. Die Ursachen dafür mögen verschiedenartig sein. Sicherlich übt die Preiserhöhung vom Januar einen ungünstigen Einfluß aus, sei es, daß die Höhe der Preise die

Käufer bedenklich macht, sei es, daß sie sich rechtzeitig vorgesehen hatten.

Wie sich aus den Berichten weiter ergibt, sind so viel gegenläufige Tendenzen zu erkennen, daß auf eine Prognose schwierig geschlossen werden kann. Doch glauben wir nicht fehl zu gehen, wenn wir die Konjunkturbewegung als zögernd auftriebsfähig bezeichnen. *Erka.*

## Die Arbeiterbank marschiert.

Das Bankunternehmen der freien Gewerkschaften, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., übergibt jetzt der Öffentlichkeit den Bericht für das Geschäftsjahr 1927. Schon der erste Blick in die Bilanzfiguren zeigt die erfreuliche Weiterentwicklung der Arbeiterbank. Es ist im Jahre 1927 ein Rohgewinn von 2015 181 Mk. erzielt worden gegenüber 1468 974 Mk. im Jahre 1926. Ein weiteres Zeichen des glanzvollen Aufstieges der Arbeiterbank ist vor allem darin zu erblicken, daß der Personalbestand sich im Jahre 1927 um rund 60 Proz. vermehrt hat. Die Arbeiterbank beschäftigt jetzt 80 Angestellte, gegenüber 50 im Vorjahre. Im vergangenen Geschäftsjahre wurde ein größerer Umbau der Bankräume durchgeführt, da sich die ursprünglich für die Bank vorgesehenen Räumlichkeiten als zu klein erwiesen. Außerdem wurden zahlreiche neuzeitliche Bureaumaschinen angeschafft. Diese gesamten Neuanschaffungen an Mobiliar, Bureaumaschinen usw. sind in der Bilanz auf 1 Mk. abgeschrieben worden. Durch diese außergewöhnlichen Ausgaben haben sich die Handlungskosten von 619 001 Mk. im Jahre 1926 auf 1 139 332 Mark erhöht. Trotzdem ist die Ausweisung eines um rund 25 000 Mk. höheren Reingewinnes als im Vorjahre möglich.

Der im Jahre 1927 erzielte Reingewinn von 905 875 Mk. soll wieder zur Ausschüttung einer Dividende von 10 Proz. verwendet werden, außerdem sollen dem gesetzlichen Reservefonds, der jetzt bereits 400 000 Mk., also 10 Proz. des Aktienkapitals beträgt, weitere 300 000 Mk. zugeführt werden. Ferner soll der im Jahre 1926 geschaffene Spezial-Reservefonds, der heute bereits 250 000 Mk. beträgt, um weitere 150 000 Mk. aufgefüllt werden, so daß an offenen Reserven insgesamt 1 100 000 Mk., also mehr als der vierte Teil des Aktienkapitals vorhanden sein werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden 12 neue Zahlstellen eröffnet. Die Arbeiterbank ist jetzt an 32 Plätzen vertreten, doch sind immer noch einige wichtige Bankplätze, wie beispielsweise Leipzig, ohne offizielle Vertretung der Arbeiterbank, so daß die Entwicklung des Filial- und Zahlstellennetzes der Arbeiterbank noch nicht abgeschlossen erscheint. Die Einlagen in laufender Rechnung steigerten sich von 15,4 Millionen Mk. im Jahre 1926 auf 21,6 Millionen Mk. im Jahre 1927; die Einlagen auf längere Fristen von 20,7 Millionen Mk. im Jahre 1926 auf nicht weniger als 57,5 Millionen Mk. im Jahre 1927. Der Gesamtbetrag der Einlagen hat sich gegenüber dem Vorjahre mehr als verdoppelt und stieg von 36,1 Millionen Mk. im Jahre 1926 auf 79,1 Millionen Mk. im Jahre 1927. Mit Hilfe dieser Einlagen sind nach den bisherigen Grundsätzen der Arbeiterbank Kredite an Konsumgenossenschaften, soziale Bau- und Siedlungsbetriebe, soziale Versicherungsanstalten und andere Wirtschaftsunternehmen der Arbeiterschaft, ebenso wie an staatliche und kommunale Stellen ausgiehen worden. Während im Jahre 1926 nur 16,1 Millionen Mk. auf diese Weise ausgiehen waren, konnten im abgelaufenen Geschäftsjahre mehr als 42 Millionen Mk. der Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden. Von diesen 42 Millionen Mk. Krediten sind nur 67 000 Mk. ohne Deckung gewährt worden. Die Bank hat außerdem im vergangenen Jahre ihren Wertpapierbestand fast verdoppeln können und zwar von 3,6 Millionen Mk. im Jahre 1926 auf 6,3 Millionen Mk. im Jahre 1927. Ferner war es möglich, die bei anderen Banken unterhaltenen Guthaben von 17,2 Millionen Mk. auf 29,4 Millionen Mk. zu steigern.

Der Geschäftsbericht enthält im Gegensatz zu den Jahresberichten der großen Privatbanken, die in der bekannten Art gegen die staatliche Lohn- und Steuerpolitik zu Felde ziehen und in der ebenso bekannten üblen und überheblichen Manier den Regierungsstellen Vorschriften machen möchten, eine Reihe wertvoller Ausführungen. Zu der Frage der Auslandskredite wird eine staatliche Einflußnahme auf die Auslandsverschuldung und ihr Ausmaß für nützlich und unumgänglich gehalten. Doch liegt nach der Auffassung der Verwaltung der Arbeiterbank die Aufgabe der staatlichen Kontrollinstanzen nicht in einer rigorosen Drosselung der Auslandskredite, sondern in einer wirtschaftlich wirkenden Auswahl und Verteilung. Vor allem dürfte die staatliche Kontrolle sich nicht darauf beschränken, die Kreditbeanspruchung durch die öffentliche Hand einzudämmen, da solche Beschränkung notwendigerweise zu Umgehungen führe. Den überheblichen deutschen Wirtschaftsführern wird ins Stammbuch geschrieben, daß sie bei ihrer Wirtschaftspolitik allem anderen das Bestreben nach Beschäftigtsein an sich voranstellen und darüber die für die Gesamtentwicklung weit bedeutungsvollere Frage

des Wie und Wo außer Acht lassen, so daß Betriebs-, Berufs- und Einzelegoismus die notwendige Auslese verhindere.

Zur Krise der Landwirtschaft wird gesagt, daß über die Notwendigkeit einer gesunden Fundierung dieses Wirtschaftszweiges nicht zu streiten sei, daß man sich aber von der Auffassung, die Landwirtschaft schlechthin auf Kosten der Allgemeinheit zu stützen, frei machen und die Bahn für eine natürliche Auslese der innerlich gesunden und Ausmerzung der im Kern erkrankten Betriebe ebnen muß, wie dies bei allen anderen Wirtschaftszweigen selbstverständlich sei. Zum Problem der Wohnungsbeschaffung wird die mangelnde Einheitlichkeit in den bisherigen Maßnahmen der staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen beklagt und die Hoffnung ausgesprochen, daß der seit langem und von fast allen Seiten ausgesprochene Wille zur Hilfe sich endlich in tatkräftige, praktische Arbeit umsetzt. Die Arbeiterbank selbst hat in verhältnismäßig kurzer Zeit durch Hergabe gutgesicherter Bauzwischenkredite allein die Errichtung von rund 4000 Wohnungen ermöglicht und wird auch in Zukunft auf diesem Wege fortschreiten.

Der Gesamtumsatz der Arbeiterbank hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahre auf 1350 Millionen Mk. belaufen. Die Sparkassenabteilung hat sich im Jahre 1927 weiter günstig entwickelt, so daß, wie die Verwaltung in ihrem Jahresbericht ausführt, dieser Geschäftszweig bereits als eine wesentliche Stütze der Arbeiterbank angesprochen werden kann.

Das ständig erweiterte Tätigkeitsgebiet der Revisions- und Treuhänder-Abteilung hat im Jahre 1927 einen solchen Umfang angenommen, daß die Arbeiterbank sich im Herbst 1927 zur Gründung einer selbständigen Gesellschaft veranlaßt sah, die unter dem Namen „Gesellschaft für Vermögensverwaltung und Verwaltung (Treuhänder und Revisor) G. m. b. H.“ die Aufgaben der bisherigen Treuhänderabteilung übernommen hat.

Vergleichen wir die Arbeiterbank mit der kleinsten der Berliner Großbanken, der Berliner Handels-Gesellschaft: Diese privatkapitalistische Bank, die bereits 71 Jahre besteht, hat im Jahre 1927 einen Reingewinn von 4,7 Millionen Mk. erzielt oder 21,6 Proz. des um das Fünffache höheren Aktienkapitals. Die Arbeiterbank erzielt im gleichen Jahre bei einem Aktienkapital von 4 Millionen Mk. einen Reingewinn von 905 875 Mk. oder 22,5 Proz. des Aktienkapitals. Die Verwaltungskosten einschließlich Steuern aber betragen bei der Berliner Handels-Gesellschaft 60 v. H. des Rohgewinns, bei der Arbeiterbank nur 44 v. H. des Rohertrages. Auf den einzelnen Angestellten entfällt bei der genannten Privatbank ein erarbeiteter Reingewinn von 7627 Mk., bei der Arbeiterbank aber rund 11 300 Mk., ein Beweis dafür, daß bei dem Bankunternehmen der freien Gewerkschaften wesentlich wirtschaftlicher gearbeitet wird, obgleich die Arbeiterbank an ihre Angestellten anständiger Gehälter zahlt als im Privatbankgewerbe üblich sind.

Erwähnt sei noch, daß der Jahresbericht der Arbeiterbank mit dem erfreulichen Ausblick schließt, daß die bisherige Entwicklung im laufenden Geschäftsjahre zu der Hoffnung berechtigt, auch beim nächsten Jahresabschluss ein günstiges Ergebnis ausweisen zu können. *Julius Fries.*

## Wahlkampf und Genossenschaften.

Es ist nicht unbekannt, daß den Genossenschaften jede andere als ihre wirtschaftliche Tätigkeit verboten ist. Der Vorstand setzt sich gegebenenfalls schwerer finanzieller Bestrafung, die Genossenschaft der gesetzlichen Auflösung aus. Aus diesem Grunde vermeiden auch die Konsumgenossenschaften seit Jahrzehnten jede Sympathieerklärung bei politischen Wahlen, obwohl sie alle Veranlassung hätten, frank und frei die Sozialdemokratische Partei als diejenige zu bezeichnen, welche der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen am besten entspricht. Weniger von Skrupeln gequält sind da die Händlergenossenschaften, wie die des kaufmännischen Edeka-Verbandes, der im Widerspruch zu den gesetzlichen Bestimmungen seine Genossenschaft ganz offen als Wahltruppen für die sogenannten bürgerlichen Parteien ins Treffen führt und sogar die Genossenschaftskassen dafür in Anspruch nehmen will.

Natürlich besteht für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften keinerlei Hemmnis, ihre und ihrer Angehörigen Wahlstimmen für die Sozialdemokratische Partei zu mobilisieren. Und nur für diese. Die sogenannten bürgerlichen Parteien haben entweder Angst vor einer Stellungnahme zugunsten der Konsumgenossenschaften, oder sie sind — wie die Deutschnationalen und Bauernbündler — direkte Gegner, obwohl auch sie wissen, daß Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften zusammen gehören, wie Bauer und Arbeiter.

Was es bedeuten würde, wenn die 4 Millionen Konsumvereinsmitglieder und ihre wahlberechtigten Angehörigen, zusammen ein Wahlblock von rund 10 Millionen Wählern — bei 40

Millionen im ganzen —, den Verbraucherstandpunkt geschlossen und rücksichtslos zum Ausdruck brachten, ist leicht zu erraten. Es muß aber darauf hingearbeitet werden, daß dies geschieht. Denn nur wer sich rührt, kommt nicht unter die Räder.

In diesem Zusammenhang ist es ganz interessant, festzustellen, daß die sogenannten bürgerlichen Mittelständler, bzw. deren Organisationen, eine direkt landwirtschaftsfeindliche Haltung einnehmen. So hat der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels sich gegenüber der Reichsregierung gegen die 50 Millionen Mark Notkredite für die Landwirtschaft erklärt, weil dies eine einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften wäre! Und der Reichsverband des deutschen Handwerks übersandte der Regierung eine gleiche Erklärung. So sehen die Mittelstandsfreunde der Landwirtschaft aus, deren Freunde im Landtag und Reichstag Arm in Arm mit den Deutschnationalen und Bauernbündlern sind. So gehen die Deutschnationalen und Bauernbündler mit dem Märchen hausieren, als ob die Konsumgenossenschaften nur dänische oder finnische Butter bezögen. Und zwar stützen sie sich auf eine nicht gerade glückliche Antwort eines einzigen (!) sächsischen Konsumvereins, während die Konsumgenossenschaften ganz allgemein die besten Abnehmer der Molkereigenossenschaften sind.

Andererseits traten Sozialdemokraten und Konsumgenossenschaften für die Notkredite ein und unterstützen jedes brauchbare Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung der Landwirte. Und gerade sie werden als „Feinde“ der Landwirtschaft denunziert. So gehen die Deutschnationalen und Bauernbündler mit dem Märchen hausieren, als ob die Konsumgenossenschaften nur dänische oder finnische Butter bezögen. Und zwar stützen sie sich auf eine nicht gerade glückliche Antwort eines einzigen (!) sächsischen Konsumvereins, während die Konsumgenossenschaften ganz allgemein die besten Abnehmer der Molkereigenossenschaften sind.

Außerdem aber zeigt die Tatsache, daß z. B. die württembergische Landwirtschaftskammer mit einer besonderen Buttermarke die Erzeugung besserer Qualitätsware beeinflussen will, daß hier in der Tat ein gewisses Versäumnis nachzuholen ist, das die einheimische Landwirtschaft sicherlich benachteiligt hat. Schrieb doch ein landwirtschaftlicher Oberinspektor in Tilsit (Ostpreußen) in „Landmanns Sonntagsblatt“ (35. Jahrgang 1926) unter Hervorhebung der dänischen Qualitätsbutter u. a. „Diese Produkte sind dann aber auch erstklassig und erzielen entsprechende Preise. In Berlin z. B. sagt sich jeder praktisch denkende Mensch, ich zahle lieber 20—30 Pf. für dänische Butter mehr, als daß ich die gar nicht haltbare deutsche Landbutter kaufe.“ So ein landwirtschaftlicher Sachverständiger im großbäuerlichen Ostpreußen. Die deutsche Landwirtschaft wird sich diese zunutze machen müssen.

Aus alledem aber geht unzweideutig hervor, daß die Wähler der Konsumgenossenschaften wie der Landwirtschaft am Besten sozialdemokratisch wählen, weil damit Verbraucher und landwirtschaftliche Erzeuger mit ihren gemeinsamen Interessen am besten fahren.

## Sozialversicherung und Volkswirtschaft.

Das gesamte Gebiet der Sozialversicherung hat eine wesentliche Umwandlung erfahren müssen. Die Sozialversicherung hat sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt. Sie ist also ein Produkt einer Entwicklungsreihe, welches grundverschieden ist von dem Zustand, wie wir sie gegen Ende des vorigen Jahrhunderts beobachten konnten. Es hat sich ein Gebilde entwickelt, das dem modernen Leben und den veränderten Ansprüchen Rechnung trägt. Was verstehen wir heute unter Sozialversicherung? Sozialversicherung ist die Einrichtung der Gesellschaft, seine gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtenden Angehörigen gegen Beeinträchtigung ihrer Arbeitsfähigkeit und Gesundheit zu schützen und für den teilweisen oder vollständigen Verlust ihrer Arbeitskraft zu entschädigen. Von der privaten Fürsorge und Wohlfahrtspflege haben wir uns gänzlich entfernt. Bedeutungsvoll ist jetzt, daß wir einen im Gesetz geregelten, klagbaren Anspruch geltend machen können.

Die Arbeiterschaft setzt alle Kräfte in Bewegung, die Sozialversicherung so zu gestalten und weiter auszubauen, daß dem Arbeiter seine Gesundheit und der Volkswirtschaft die Arbeitskraft erhalten bleibt. Anders das Unternehmertum. Der Unternehmerstandpunkt ist schon immer ein gegensätzlicher gewesen. Noch nie ist er aber so radikal herausgestellt worden, als in der gegenwärtigen Zeit. Man scheut sich nicht einmal davor, den sonst so sehr verhassten „Fronvogt der deutschen Wirtschaft“, den Reparationsagenten, gegen die Sozialversicherung mobil zu machen. Es ist also eine sehr brennende Frage, und es lohnt sich, darüber zu diskutieren, ob die Unternehmer mit Berechtigung von einer Schädigung der deutschen Wirtschaft sprechen können. Betrachten wir die Argumente, welche von dieser Seite angeführt werden etwas kritisch: „Die staatliche Fürsorge entwertet den Arbeiter vom Sparsinn. Der Sparsinn des Arbeiters ist demnach durch die Sozialversicherung gelähmt worden. Be-

sonders geistvoll ist diese Beweisführung nicht. Kann in einer Zeit der dauernden Preissteigerung ein Arbeiter überhaupt noch ans Sparen denken? So hohe Löhne zahlt die deutsche Industrie und Landwirtschaft wirklich nicht, daß sich der Arbeiter jede Woche etwas auf die hohe Kante legen kann. Wenn aber schon der Sparsinn dem deutschen Arbeiter verloren gegangen sein sollte, dann wäre die Sozialversicherung bestimmt nicht daran schuld. Wir hatten doch vor noch nicht langer Zeit eine Inflation. Die war in ihren Auswirkungen so furchtbar für die Arbeiterschaft, daß sie noch nicht vergessen ist. Da wurde dem Arbeiter auch der letzte Spargroschen zunichte gemacht. Einzig und allein die besitzende Klasse raffte die Segnungen der Inflation ein. Man soll sich dann aber nicht wundern, wenn eine solche Zeit nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterschaft bleibt! „Die Sozialversicherung untergräbt das Gefühl der Verantwortung und fördert eine unselbständige Arbeiterschaft.“ Eine derartige Behauptung aufzustellen zeugt von einer glänzenden Unkenntnis der Arbeiterpsychologie. Glaubt man im Ernst, daß der Arbeiter, der schutzlos den Wechselstößen der kapitalistischen Wirtschaft ausgeliefert ist, mit größerer Verantwortung arbeitet? Ein Arbeiter, der ohne jede Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit da stehen würde, dem ist schon ein beträchtlicher Teil seiner Arbeitskraft geschmälert, denn das Gespenst des Hungers und der Not läßt ihn nicht frei und froh werden. Wenn man weiter davon spricht, daß die Sozialversicherung dazu angetan ist, die Armen reich und die Reichen arm zu machen und daß mit ihrer Hilfe Faulenzen gezüchtet würden, so kann man darüber hinweggehen, denn das sind Phrasen und Schlagworte. Darüber sich ernsthaft zu unterhalten ist zwecklos. Es ist eine ganz einseitige Betrachtungsweise. Man darf auch nicht geflissentlich die lichte Seite der Sozialversicherung übersehen.

Seit zwei Generationen hat sich die Sozialversicherung bewährt. Die Gewerkschaften können mit ruhigem Gewissen weiter an dem Ausbau dieser Einrichtung helfen. Die Sozialversicherung ist kein Gebilde für sich, sie ist kein Institut, das lediglich dem Drängen einzelner Interessenten seine Entstehung verdankt. Sie ist ein Produkt einer bestimmten industriellen Entwicklung. So finden wir in allen Industrieländern Einrichtungen, die dem Schutze des Arbeiters und seiner Arbeitskraft dienen. Noch mehr, es drängt sich sogar der Gedanke auf, daß die heutige Wirtschaft ohne Sozialversicherung gar nicht mehr denkbar ist. Diese Erfahrung ist bei allen Völkern, die eine halbwegs entwickelte Industrie besitzen, gemacht worden. Die Sozialversicherung ist deshalb so nötig, weil sie an den empfindlichsten und wunden Stellen des Proletariats lindernd eingreift. So lange es noch eine Schicht von Menschen gibt, die gerade so viel verdienen, daß es zulangt, das Notwendigste zu bestreiten, so lange brauchen wir eine Sozialversicherung. Sie setzt gerade dort ein, wo die Gefahr für den Arbeiter und seine Familie am größten ist. Sie ist deshalb so außerordentlich wichtig, weil wir in unserer hochentwickelten deutschen Industrie eine Gesetzmäßigkeit entdeckt haben, die zum Nachdenken anregt. Im Durchschnitt gesehen, wird in Deutschland jeder Arbeiter im Jahre zweimal krank und ist infolgedessen 3—4 Wochen erwerbsunfähig. Überlegen wir weiter, daß sich täglich 3—4000 Unfälle einstellen, so kann man ermesen, welches Elend vorhanden wäre, müßten sich diese doppelt armen Proletarier der Wohltätigkeit anvertrauen.

Es ist begreiflich, daß bei den erhöhten Anforderungen, die an diese Organisation gestellt werden, andere Summen zur Verfügung stehen müssen, als das früher der Fall war. Die Gegenüberstellung der Zahlen von 1913 und 1926 soll das beweisen:

	1913	1926
Lohnsumme:	11,5 Milliarden	15,7 Milliarden
Sozialetat:	1,3 Milliarden	3,2 Milliarden

Wir sehen, daß es sich um ganz gewaltige Summen handelt. Andererseits sehen wir aber auch, daß eine bedeutende Steigerung vorhanden ist. 3,2 Milliarden ist eine Summe, die uns sehr hoch erscheint, die aber bald an Ansehen einbüßt, wenn wir einen Vergleich mit anderen Ausgaben anstellen. Dieselbe Summe geben wir auch in Deutschland aus für Tabak und Alkohol. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, so schwinden alle Bedenken. Was wir an Geld ausgeben, um Genußmittel zu erhalten, sollte uns erst recht wert sein, das Wichtigste eines Volkes, seine Arbeitskraft zu schützen.

Die Steigerung des Sozialtats von 1913 bis 1926 erklärt sich aus verschiedenen Ursachen. Der Kreis der arbeitenden Bevölkerung ist größer geworden, damit steigt auch der Kreis der Versicherten. Mehr Mitglieder bringen mehr Beiträge. Die Beiträge selbst sind erhöht worden. Die Leistungen sind gestiegen. Erinnert sei an die Einführung neuer Unterstützungen. Die Sachleistungen sind gewachsen. Daß bei einer größeren Mitgliederzahl mehr Krankheitsfälle und ebenfalls mehr Unfälle eintreten, leuchtet sofort ein. Haben wir doch jetzt zu beobachten, daß im Berg-

bau von drei aktiven Bergleuten zwei Rentenempfänger sind.

Es wäre ein Übel, wollte man heute daran gehen, die Sozialversicherung abzubauen. Man kann wohl auf eine weniger ausgebauten Sozialversicherung zurückkommen in jenen Ländern, wo die Lebensverhältnisse weitaus billigere sind, oder dort, wo viel höhere Löhne gezahlt werden, als bei uns. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, kann es keine bessere und lohnendere Aufgabe geben, als das wertvollste Gut der Nation, die Arbeitskraft, zu schützen. Ein gesunder, leistungsfähiger Volkskörper ist die Voraussetzung für das Gedeihen der Wirtschaft. Wollen wir in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig auftreten, so wird uns das nicht gelingen mit einem schwachen und kranken Stamm von Arbeitern, der der Armenpflege ausgeliefert ist. Wirtschaftlichen Aufstieg verspricht nur ein gesundes, leistungsfähiges Volk. So wie man die Maschinen und Werkzeuge schützt, so sollte man vor allen Dingen die Arbeitskraft schützen, dem im Mittelpunkt der Wirtschaft steht noch der Mensch, der Arbeiter, welcher erst dem ganzen Wirtschaftskörper das Leben einhaucht. Deshalb im Interesse unserer Volkswirtschaft: erhöhter Schutz der Arbeitskraft, weiterer Ausbau der Sozialversicherung.

## Lehrlings-Ausbildung.

Zwei Artikel in der „Gr. Pr.“ vom 6. und 20. April zeigen, daß das Interesse der Gehilfen an der Lehrlingsfrage sehr groß ist. Das Thema soll im folgenden durch Kennzeichnung besonders beachtenswerter Zustände bereichert werden, wobei vorausgesetzt sein soll, daß für jeden der angeführten Fälle mindestens ein konkretes Beispiel geschildert werden könnte.

1. Es gibt in unserem Gewerbe Kleinbetriebe, die keinen Gehilfen oder Meister beschäftigen, welcher laut Gesetz lehrberechtigt ist. Trotzdem bilden solche „Kunstanstalten“ nach Möglichkeit Lehrlinge aus. Meldet sich ein solcher nach vier Jahren zur Gehilfenprüfung bei der Handwerkskammer, dann stößt er auf Schwierigkeiten. Es sollte nicht schwer fallen, mit Hilfe der gesetzlichen Vorschriften zu verhüten, daß in solchen Kunsttempeln die „Lehrlingsausbildung“ betrieben wird.

2. Firmen, die ihrer ganzen Art nach irgendeiner anderen Industrie angehören, haben vielleicht eine kleine Hausdruckerei oder sie machen z. B. die Zifferblätter für Uhren und Manometer selbst. Zu diesem Zweck ist ein Lithograph da oder sogar zwei. Da kann man doch ganz bestimmt einen Lithographenlehrling einstellen? Er macht auch Zifferblätter, sonst nichts, vier Jahre lang. Womit soll er nachher sein Brot verdienen? Immer nur Zifferblätter, lebenslänglich? Auch in solchen Fällen wäre es Pflicht der Überwachungskommission, gegenüber dem Lehrling, den Eltern und der Handwerkskammer klar zu machen, daß da von einer Lehrlingsausbildung nicht die Rede sein kann und daß in solchen Betrieben für immer darauf verzichtet werden muß, „Gehilfen“ für unser Gewerbe heranzubilden.

3. Auch innerhalb unserer Tarifgemeinschaft gibt es Betriebe, welche soweit spezialisiert sind, daß in gewissen Sparten nur noch ein ganz kleines Gebiet eines graphischen Berufes praktisch angewandt wird. Die Lehrlinge, die dann unglücklicherweise in einer solchen Anstalt tätig sind, sehen während vier Jahren nichts anderes als eben dieses gringfügige Teilstück des zu erlernenden Berufes. Nach der Lehrzeit, wenn sie überhaupt die Gehilfenprüfung zu bestehen vermögen, müssen sie mit viel Mühe und Arbeit das nachholen, was sie auf Grund der Spezialisierung der Lehrfirma versäumt. Jedoch wird es leider nur selten gelingen, diese großen Mängel der Lehrzeit zu überwinden. Auch hier sollten unsere Vertreter das Einstellen von Lehrlingen unter Hinweis auf solche Tatsachen verhindern. Nur da, wo die Unternehmer Hand dazu bieten, die Gewerbe- und Fachschulen so auszubauen, daß sie solche Lücken richtig ausfüllen, sollte die bisherige Loyalität in vermindertem Maße weiter beachtet werden.

4. Es ist kein Geheimnis, daß Xylographie und Lichtdruck unter dem Einfluß der technischen Entwicklung in den chronischen Krebsgang eingetreten sind. Die Beschäftigungsmöglichkeit in diesen Sparten ist ständig im Schwinden begriffen. Trotzdem werden auch in diesen Berufen Lehrlinge ausgebildet, so viel wie möglich, natürlich! Was sollen dieselben nach vier verlorenen Lehrjahren anfangen? Hilfsarbeiter oder Überläufer? Wenn sie das Letztere wählen, gibts mit Mühe und Not Durchschnittskräfte. Nur wenige von ihnen bringen es auf einen grünen Zweig, und diesen wenigen merkt man nach Jahren oder Jahrzehnten noch an, daß sie keine richtige Lehrzeit gehabt haben! Hier müßte ein zukünftiger Tarif einsetzen und die Lehrlingsausbildung in diesen Sparten glatweg verbieten. Auf Grund solcher Vereinbarungen wäre dann, vielleicht mit Hilfe der Handwerkskammern und Aufklärung der Eltern, auch bei denjenigen Firmen, die dem

Tarif nicht unterstehen, eine analoge Regelung durchzusetzen.

Das sind nur wenige Beispiele, die in einem kleinen Umkreis an die sichtbare Oberfläche treten. Neben den andern Aufgaben wäre es Pflicht der Überwachungskommissionen, solche und ähnliche Verhältnisse zu sanieren, zum Wohle des gesamten graphischen Gewerbes. *Zweistern.*

### Die Bewertung der Resultate der Preisausschreiben unserer technischen Verbandskörperschaften.

Die Bewertung unserer Preisausschreiben fand am Donnerstag, dem 12. April 1928 im Buchgewerhaus zu Leipzig statt. Wiederum stand uns die schöne Gutenberghalle zur Verfügung, in der sich die Entwürfe, die nach der Bewertung sachgemäß gruppiert zur Ausstellung gelangten, äußerst vorteilhaft dem Auge darboten.

Über die Bewertung selbst wurde eine Niederschrift angefertigt, die wir folgen lassen:

#### Protokoll

über die Bewertung von Entwürfen eines Preisausschreibens für einen Briefkopf, ein Signet und eine Senefelderfeier-Karte.

Veranstalter: Die berufstechnische Zentrale Berlin und die Technische Arbeitsgemeinschaft Leipzig des Verbandes der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe.

Den veranstaltenden Körperschaften, vertreten durch Herrn M. Hentschel, Leipzig, stellte sich folgendes Preisgericht zur Verfügung:

- Herr Professor Buhle von der Staatlichen Akademie für graphische Künste, Leipzig,
- Herr Professor Wiemeler von der Staatlichen Akademie für graphische Künste, Leipzig,
- Herr Dr. Hauschild, als Beauftragter der T. A. G. Leipzig,
- Herr Herwig, als Beauftragter der T. A. G. Leipzig,
- Herr Herbst, als Vertreter der Technischen Zentrale.

#### 1. Die Bewertung der Briefköpfe.

Eingegangen waren 240 Entwürfe. Die Vorschriften des Preisausschreibens waren allenthalben beachtet worden. Kleine Abweichungen von den Größenbestimmungen wurden als unwesentlich angesehen.

Bei der ersten Bewertung schieden 74 Entwürfe aus, da sie weder gedanklich noch zeichnerisch den Anforderungen entsprachen.

Die zweite Bewertung schied 143 Entwürfe aus; diese Arbeiten standen zeichnerisch auf höherem Niveau, waren zum Teil mit sehr viel Fleiß angefertigt, ohne jedoch gedanklich eine eigene Note zu haben.

Aus den nunmehr für die engere Wahl verbleibenden Entwürfen wurden folgende ausgewählt und mit Preisen bedacht:

1. Preis: Rot und Blau I, Köll, Schlicke, Leipzig,
2. Preis: Geschult II, Koll. Frohmüller, Remscheid,
3. Preis: Druckbogen, Koll. Schlicke, Leipzig,
4. Preis: In letzter Stunde III, Koll. Schaal, Stuttgart,
5. Preis: Rokoko, Kollege Striepe, Erfurt.

Mit lobenden Erwähnungen wurden bedacht:

Lithograph, Kollege Hänslar, Hannover, Repräsentant, Kollege Hoppe, Mainz, In letzter Stunde I, Kollege Schaal, Stuttgart, Sachlichkeit III, Kollege Striepe, Erfurt, Wurzelfest II, Kollege Weise, Barmen.

Auf Empfehlung des Preisgerichtes wurden von den veranstaltenden Körperschaften noch einige Bücherpreise mehr ausgeschrieben und folgende Arbeiten ebenfalls mit „Lobende Anerkennung“ bedacht:

- Klarheit I, Kollege Engel, Bochum,
- Kreisereis I, Kollege Gutgesell, Stuttgart,
- Berufszeige, Kollege Hermannsdörfer, Nürnberg,
- Verband, Kollege Kasse, Hannover,
- R., Kollege Klämt, Breslau,
- Romeo, Kollege Menzel, Berlin,
- Jane V, Kollege Penndorf, Leipzig,
- In letzter Stunde II, Kollege Schaal, Stuttgart,
- Ronald, Kollege Zöll, Bad Nauheim,
- Ura, Kollege Zöll, Bad Nauheim,
- R. und Blau, Kollege Zeitler, Zwickau.

#### 2. Die Bewertung der Signets.

Eingegangen waren 340 Entwürfe, die ebenfalls den Bedingungen des Preisausschreibens entsprachen.

Die Bewertung wurde nach den gleichen Grundsätzen wie bei den Briefköpfen vorgenommen und bei der ersten Bewertung schieden 124 Entwürfe aus.

Nach der zweiten Bewertung, in der 188 Entwürfe ausgeschieden wurden, blieben für die engere Wahl noch 28 Entwürfe übrig. Das Preisgericht war einstimmig der Meinung, daß das Ausschreiben keinen Entwurf gebracht hatte, der

nach Form und geistigem Inhalt den Erfordernissen eines ersten Preises entsprach. Der Vertreter der veranstaltenden Korporationen änderte die im Preisausschreiben genannten Summen wie folgt ab:

Die Summe für den 1. Preis wird gestrichen, der 2. Preis soll betragen 125 Mk., der 3. 100 Mk., der 4. 75 Mk. und der 5. 50 Mk.

Die Bewertung ergab folgendes Resultat:

- Entwurf und Entwerfer:
- I. 2. Preis: Walze und Stein, Kollege Schlicke, Leipzig,
- II. 2. Preis: Der Meister, Kollege Schlicke, Leipzig,
- 3. Preis: Romeo, Kollege Menzel, Berlin,
- 4. Preis: Der Offsetdruck, Kollege Schlicke, Leipzig,
- I. 5. Preis: Flamme I, Kollege Hermannsdörfer, Nürnberg,
- II. 5. Preis: Olex IV, Kollege Buhleier, München.

Mit lobender Anerkennung wurden ausgezeichnet:

Entwurf und Entwerfer:  
Typo VII, Kollege Asche, Magdeburg, Sch. Drucker, Kollege Engelhardt, Nürnberg, Markant, Kollege Hermannsdörfer, Nürnberg, Dorn, Kollege Klämt, Breslau, Solnhofen, Kollege Kohler, Köln.

Da eine beachtliche Anzahl gleichwertiger Arbeiten vorlag, erweiterte auch hier der Vertreter der veranstaltenden Korporationen durch Stiftung von Bücherpreisen das Preisausschreiben und darauf wurden vom Preisgericht noch folgende lobende Erwähnungen ausgesprochen:

- Entwurf und Entwerfer:  
Typo VI, Kollege Asche, Magdeburg, Klarheit II, Kollege Engel, Bochum, Kraft und Wille, Kollege Hoppe, Mainz, Walzenmarke, Kollege Kohler, Köln, Spirale, Kollege Löffler, Crimmitschau, Halle, Kollege Lotz, Halle, Falkenberg VII, Kollege Roehr, Berlin, Charitas, Kollege Schluh, Herford i. W., Fidelio II, Kollege Wagner, Magdeburg, Faun, Kollege Weidig, Aachen, Schutz und Trutz, Kollege Zöll, Bad Nauheim.
- 3. Die Bewertung der Senefelderfeier-Karten.

Eingegangen waren 207 Entwürfe, die sich an die Bedingungen des Preisausschreibens gehalten hatten. Die Summe von 500 Mk. stand dem Preisgericht zur Verfügung. Das Preisgericht wählte 21 Entwürfe für Geldpreise aus und da auch hier der Vertreter der veranstaltenden Korporationen als Anerkennung für gute Arbeiten noch Bücherpreise zur Verfügung stellte, wurden noch 12 Entwürfen lobende Anerkennungen ausgesprochen.

#### Geldpreise à 30 Mk.

- Entwurf und Entwerfer:  
Typosignet, Kollege Kaul, Erzhausen b. Dresden, Je toller, je lieber, Kollege Schlicke, Leipzig, Springpunkt, Kollege Schierz, Ratibor, Stammtisch I, Kollege Grünwald, Leipzig, Thuringia, Kollege Striepe, Erfurt, H. M. I, Kollege Majewski, Berlin.

#### Geldpreise à 25 Mk.

- P. J., Kollege Paul Jäsche, Breslau, P. W. I, Kollege Paul Wuttge, Dresden, P. W. II, Kollege Paul Wuttge, Dresden, Sascha, Kollege Buhleier, München, Prost, Kollege Buhleier, München, M. T., Kollege Thiele, Leipzig.

#### Geldpreise à 20 Mk.

- Kampf, Kollege Großmann, Aschaffenburg, Auf zur Feier, Kollege Kindermann, Mainz, F. Sch., Kollege Schwedtmann-Boers, Essen, Dreimal Prosit Alois, Kollege Hermannsdörfer, Nürnberg, M. St., Kollege Steude, Karlsruhe, H. M. II, Kollege Majewski, Berlin, Alois, Kollege Rothenbacher, Ulm, Schweiß, Kollege Krey, Leipzig, Polonaise, Kollege Kretzschmar, Leipzig.

Bücherpreise (Lehrbuch Senefelders oder ein gebundenes Exemplar „Graphische Technik“).

- Lipsia, Kollege Buhle, Leipzig, Traum nach dem Feste, Kollege Richter, Leipzig, F. H., Kollege Henkelhausen, Hagen i. W., Schawi, Kollege Scharf, München, Altmeister, Kollege Paulick, Schmöln, Festliche Wogen, Kollege Tschinkl, Leipzig, Zeitgeist, Kollege Weise, Frankfurt a. d. O., F. L., Kollege Ludwig, Leipzig, Aufmarsch, Kollege Langhals, Neukölln, H. G. M., Kollege Gruber, München, Tanz, Kollege Eggers, Stuttgart, Ulk, Kollege Geiß, München.

Soweit das Protokoll. Es ist uns nun aber ein besonderes Bedürfnis, den Kollegen, die sich an den Ausschreiben beteiligten, nochmals für ihre Mühe, für ihr Interesse und damit für ihre Anhänglichkeit an unsere gemeinsame Sache den herzlichsten Dank der veranstaltenden Körperschaften auszusprechen. Zusammen betrachtet, repräsentiert die Ausstellung der 787 Entwürfe eine so gewaltige Summe von Fleiß und Gedankenarbeit, daß davor der Hut gezogen werden muß. Gegenüber den Veranstaltungen der T. A. G. Leipzig vor 3 Jahren, die ebenfalls für Briefkopf,

Signet und eine Senefelderfeier-Karte ein Preisausschreiben veranstaltet hatte, bedeuten die Resultate der diesjährigen Ausschreiben einen sehr beachtlichen Schritt nach vorwärts. Leider ist es unmöglich, an dieser Stelle auch nur andeutungsweise die Gedankenarbeit, die in den verschiedensten Entwürfen liegt, zu würdigen. Besonders gefreut hat es uns, daß ein Entwurf, betitelt: „O liebes treues Schusterherz“, unserem alten Kollegen Meyer-Durst in Saalfeld zugeeignet wurde. Diese Aufmerksamkeit wird sicher allerorts Genugtuung auslösen. Es sind bei den Ausschreiben neben dem Ernst und der Sachlichkeit auch Humor und Satire zu ihrem Rechte gekommen und eine beachtliche Dosis Mutterwitz ist gut gelungen zu Papier gebracht worden. Selbst der unsterbliche „Schwejk“ fehlt nicht, den sich der Entwerfer als Tarifwächler gedacht hat und der sonst mit Minimax-Urteilen, Paragraphen und Tarifen durch die Lande zieht, am Tage der Senefelderfeier aber alles von seinem Wäglein geworfen hat, um nach Prag zu ziehen, wo der Altmeister geboren wurde und dort das „Wischwasser“ erfunden hat.

Jedenfalls kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß diese Sammlung von Entwürfen den Kollegen sehr viel Wissenswertes bietet, und unsere Technische Zentrale wird sicher alles daran setzen, um nach Beendigung des Verbandstages unter der Kollegenschaft im Reiche die Resultate unserer Preisausschreiben in irgendeiner Form zirkulieren zu lassen.

Für die Technische Zentrale Berlin und die Arbeitsgemeinschaft Leipzig

I. A.: M. Hentschel.

Anmerkung der Schriftleitung: Eine Sonderbesprechung der eingereichten Entwürfe wird in der „Graphischen Technik“ erfolgen.

### Gautag des Gaus III Hamburg in Bielefeld.

Am 7. und 8. April fanden sich die von den Mitgliedschaften des Gaus III gewählten Delegierten im Lokal „Zum Lindenhof“ zur Abhaltung des Gautages ein, dem außer dem Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollegen Leinen, vom Verband der Buchbinder der Kollege Hergt und Kollege Sparkuhl, Gauleiter des Hilfsarbeiterverbandes Hannover beiwohnten.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:

1. Bericht des Gauvorstandes,
2. Lichtbildervortrag: „Die Herstellung des Druckstockes für den Offsetdruck“. Referent: Kollege Ludwig (Hamburg),
3. Vortrag: „Die wirtschaftliche Bilanz und die nächste gewerkschaftliche Zukunft“. Referent: Kollege Leinen (Berlin),
4. Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen,
5. Anträge zum Verbandstag in Jena,
6. Verschiedenes.

Um 6 Uhr abends wurde mit einer kurzen Begrüßung der Delegierten durch den Kollegen Bunte der Gautag mit obiger Tagesordnung eröffnet.

Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Ulrich, Gauleiter und Bunte (Bielefeld), zum Schriftführer Kollege Hansen (Hamburg) gewählt. Die Mandatsprüfungskommission setzte sich aus den Kollegen Hering (Braunschweig), Ostemann (Hannover) und Franke (Hildesheim) zusammen.

Dem Gaubericht des Kollegen Ulrich ist folgendes zu entnehmen:

Der Gautag 1925 konnte noch eine rege Konjunktur feststellen, doch war schon zurzeit des Kölner Verbandstages eine Verschlechterung festzustellen. Die Unternehmer hatten in Weimar ihre Beschlüsse zur Lohnpolitik gefaßt. Sie machten ernsthafte Versuche, die Löhne herunterzudrücken. Prämienarbeit sollte eingeführt werden. Die Erwerbslosenfürsorge wurde verschiedentlich von den Unternehmern in den Dienst zur Herabdrückung des Lohnes gestellt. 1926 setzte auch in unseren Berufen die Krise mit voller Wucht ein. Mit Hilfe dieser allgemeinen Krise wollte das Großkapital einen Druck auf die Regierung ausüben, um für sich Steuerermäßigung und Beseitigung der sozialen Lasten zu erreichen, gleichzeitig aber auch der Arbeiterschaft eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzubürden. Kollege Ulrich zeigt an statistisch zusammengestellten Material, wie sich die Krise auf unsere Berufe auswirkte. Die Arbeitslosigkeit erreichte im April 1926 mit 15 1/2 Prozent ihren Höhepunkt. 2020 Arbeitslose und 2226 Kurzarbeiter wurden in unserem Gewerbe zu dieser Zeit gezählt.

Neben der Erweiterung der staatlichen Kurzarbeiterfürsorge wurde im Februar 1926 die Ausgabesteuerunterstützung vom Verbandsrat eingeführt. Im März 1927, nachdem eine Gesundung der Wirtschaftslage anzunehmen war, wurde die Ausgabesteuerunterstützung aufgehoben. Ein beispielloser Solidaritätsakt der Kollegenschaft war damit beendet. Zu Beginn des Jahres 1928 zeigte sich wiederum eine geringe Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Optimistisch gestimmte Wirtschaftssachverständige rechnen mit einer Weltkonjunktur. Der Verlauf der Leipziger Messe bringt für diese Auffassung eine Bestätigung.

Dennoch wird die Gesundung der Wirtschaft wesentlich von der Steigerung der Kaufkraft der breiten Massen abhängen. Nicht Abbau der Löhne, sondern Beseitigung der verteuerten Zolllpolitik führt zur Besserung der Wirtschaft.

Kollege Ulrich wendet sich dann den Lohnverhältnissen in unserem Gewerbe zu. Aus den Statistiken ergibt sich die Tendenz zur Angleichung der Löhne. Auch der Lehrlingsfrage muß erhöhte Bedeutung beigemessen werden. Ebenso ist der Pflege der Technik viel mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Das Interesse der Kollegen an diesen Fragen wird um so stärker sein, je mehr es uns gelingt, die Veranstaltungen der technischen Arbeitsgemeinschaften interessant zu gestalten.

Kollege Ulrich behandelt dann noch die während der Berichtszeit stattgefundenen Spezialkonferenzen des Verbandes und geht dann zu den im Gau aufgetretenen Differenzen mit den Unternehmern über. Während im allgemeinen die Differenzen, ohne ein Eingreifen der Tarifinstanzen erforderlich zu machen, geschlichtet werden konnten, bereiteten uns die Differenzen im Frühjahr 1927 in Braunschweig und Hannover größere Schwierigkeiten. Durch eine unverständliche Taktik unserer Kollegen in Hannover mußten die zentralen Instanzen eingreifen. Kollege Ulrich schildert den Hergang der Bewegung in Hannover an Hand umfangreichen Materials sehr eingehend. Der Ausgang der Bewegung hat hoffentlich dazu beigetragen, daß künftig die vorhandenen Möglichkeiten gründlich überprüft werden. Gegenwärtig sind Differenzen bei der Firma Huch, Braunschweig ausgebrochen. Die Kollegen befinden sich im Streik. (Der Streik ist mit vollem Erfolg beendet. D. Red.)

In der Diskussion verteidigen die Kollegen Wels und Ostermann (Hannover), den Standpunkt der hannoverschen Kollegen. Es handelte sich damals um eine allgemeine Lebenshaltungsverschlechterung durch die Steigerung des Mietpreises. Selbst der Reichsarbeitsminister hat zu jener Zeit erklärt, daß die Verschlechterung der eingetretenen Lebenslage der Arbeiter durch Lohnverbesserung Rechnung getragen werden müsse.

Kollege Wurtzel (Hamburg) vertritt den Standpunkt des Gauvorstandes. Die Lehrlingsfrage sowie die Pflege der Technik werden in der Diskussion besonders behandelt. Befürchtungen wegen zu starker Lehrlingszufuhr werden allgemein zum Ausdruck gebracht. Wir müssen auch sehr bedacht sein, daß wir die Lehrlinge an unser Organisationsleben fesseln. Werksgemeinschaften und bürgerlichen Sportvereinen ist besonderes Augenmerk zuzuwenden. Besonders wurden die Formstecherhältnisse in der Diskussion berührt. Mit den Kollegen sei schlecht etwas zu unternehmen. Die Heimarbeit zerstört jede gewerkschaftliche Wirksamkeit. In den kleineren Zahlstellen ist überhaupt ein sehr schwieriges Arbeiten. Die Delegierten gerade dieser Zahlstellen gaben ein anschauliches Bild ihrer schwierigen Arbeit.

In seinem Schlußwort behandelte Kollege Ulrich die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen und Anregungen. Um 8 1/2 Uhr wurde dann das Referat des Kollegen Ludwig: „Die Herstellung des Druckstockes für den Offsetdruck“, vom Gautag, zusammen mit der Mitgliedschaft Bielefeld, in einer Mitgliederversammlung entgegengenommen.

In seinen Ausführungen zeigte der Referent, daß das Ergebnis einer guten Arbeit wesentlich von der Kenntnis und Beherrschung des zur Verarbeitung kommenden Materials abhängt. Mit Hilfe des Projektionsapparates wurden in vielfältiger Weise die Möglichkeiten der Bilderzeugung illustriert. Von der Strich- und Rasteraufnahme bis zur Herstellung farbiger Reproduktionen schilderte der Referent die einzelnen Arbeitsgänge und gab einen umfassenden Überblick des zur Verwendung kommenden Materials. Eingehend wurde in Wort und Bild der Hoch-, Flach- und Tiefdruck geschildert. Sicher wird der Vortrag dazu beigetragen haben, bei manchem Kollegen erneut das Bedürfnis nach Vertiefung seiner Kenntnisse in die einzelnen Arbeitsgänge geweckt zu haben.

Die Wirkung des Vortrages hätte vielleicht durch eine schärfere Konzentration des Vortragenden noch gesteigert werden können. In diesem Zusammenhang sei auch gesagt, daß die Anwesenheit der Frauen der Bielefelder Kollegen zu diesem Vortrag ein Fehlgriff war.

Im Anschluß an diesen Vortrag fand noch ein gemächliches Beisammensein statt.

Am zweiten Tagungstag wurde morgens 8 Uhr zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen und genehmigt.

Dann erhielt Kollege Leinen (Berlin) das Wort zu seinem Vortrag: „Wirtschaftliche Bilanz und die nächste gewerkschaftliche Zukunft“. Wenn von wirtschaftlichen Bilanzen gesprochen werden soll, so führte Kollege Leinen aus, so muß festgestellt werden, daß es eigentlich 4 Bilanzen in diesem Zusammenhang gibt. Und zwar handelt es sich um eine politische, wirtschaftliche, soziale und eine gewerkschaftliche Bilanz. Nachdem der Referent die Entstehung der Bürgerblockregierung geschildert, wendet er sich den vier Bi-

lanzpunkten der Bürgerblockregierung zu. Während politisch und wirtschaftlich das Manko der Bürgerblockregierung offensichtlich zutage tritt, sei auf sozialpolitischem Gebiet die Bilanz etwas günstiger. Der Referent behandelt im einzelnen die neu geschaffenen Gesetze über Arbeitsvermittlung, Arbeitsgerichtsbarkeit, das zwar noch nicht vollendet, aber doch eine wesentliche Besserung gegenüber der bisherigen Handels- und Gewerbegerichtsgesetzgebung bringt. Der horizontale Aufbau der Arbeitsgerichtsbarkeit dämmt das Durcheinander ein und bringt eine festere Spruchpraxis, die sich schon deshalb vorteilhafter auswirken muß, weil sie im engsten Zusammenhang mit den Schaffenden selbst betrieben wird. Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist der Erhöhung wert. Trotz seiner Unzulänglichkeiten in den Unterstützungsfächern, bildet es doch eine Grundlage zu weiteren Verbesserungen. Der rechtliche Anspruch auf Unterstützung beseitigt die bisherige kommunale Willkür.

Allerdings sind die Grundlagen für die Schaffung all dieser Gesetze nicht von der Bürgerblockregierung, sondern von früheren Regierungen und den Gewerkschaften hergestellt worden. Der Bürgerblock hat nur den vorhandenen Stoff paragrafisiert. Die Unternehmer hatten sich längst mit den sozialen Gesetzen abgefunden, die ja in der Reichsverfassung, Artikel 163 verfassungsrechtlich verankert sind. Das Arbeitszeitgesetz ist ein Schandfleck der jüngsten deutschen Gesetzgebung. Er schließt große Teile der Arbeiterschaft von den Segnungen des Achtstundentages aus.

Der Referent wendet sich dann der Frage der Wirtschaftsdemokratie zu. Um diese Gegenwartsforderung der Gewerkschaften wird der Kampf mit der Gegenseite entbrennen. Wir befinden uns bereits auf dem Marsche zur Verwirklichung dieser Forderung. Die private Wirtschaft entwickelt sich stetig zur kollektivistischen Wirtschaft. Die Konzerne sind hierfür ein sprechender Beweis. Tatsächlich kann von einer Devisen des Kapitalismus gesprochen werden.

Redner bespricht eingehend die Fragen der Rationalisierung und Technisierung. Da die moderne Technik unter allen Umständen sieghaft ist, ist es nur möglich, durch eine bessere Gesetzgebung die Schäden der neuen Wirtschaftskräfte von den Arbeitern abzuwenden. Hierzu ist ein organisierter Machtwille der Arbeiter erforderlich.

Sehr anschaulich zeigt der Referent die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Aufstieges und weist in diesem Zusammenhang auf die Konsumgenossenschaften hin, deren Aufgabe für die Zukunft sein muß, die gesamten Produktionsverhältnisse zu beeinflussen.

Mit Hilfe von Bilanzverschleierungen versuchen die verschiedenen Unternehmungen einen klaren Überblick über den tatsächlichen Stand der Unternehmungen unmöglich zu machen. In unserem Gewerbe sind ähnliche Wahrnehmungen gemacht worden.

Die Vorgänge auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet lassen deutlich erkennen, daß wir mehr und mehr in die Großkämpfe der Klassen eintreten. Darum ist auch erforderlich, daß die Kämpfe mit einem viel größeren Elan als bisher geführt werden. — Eine Diskussion über diesen lehrreichen Vortrag wurde nicht gewünscht.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung behandelte Kollege Ulrich die gehilfen- und unternehmerseitig gestellten Anträge zu den Tarifverhandlungen im Steindruckgewerbe. Die Diskussion erstreckte sich vorwiegend auf Überstunden- und Lehrlingswesen. Gewünscht wurde, daß für die Blechdrucker eine besondere Entschädigung, ähnlich wie beim Bronzieren, im Tarif verankert werden möge.

Unter Punkt 5 der Tagesordnung wurden die an den Verbandstag zu richtenden Anträge behandelt. Zum Statut wurden einige Abänderungsanträge angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag von Braunschweig, der den Angestellten des Verbandes nur dann Stimmrecht auf dem Verbandstage gewähren will, wenn sie als Delegierte ihrer Zahlstelle gewählt worden sind. Die Kollegen Einbecks hatten beantragt, mit einer 50 Pf.-Beitragerhöhung einverstanden zu sein, wenn die Dauer der Arbeitslosenunterstützung um 50 Proz. erhöht und die Karenzzeit gleichzeitig von 52 Wochen auf 26 evtl. auf 39 verringert wird. Dieser Antrag wurde gegen drei Stimmen abgelehnt.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der T. V. Hamburg, der bereits in der Gaukonferenz der T. V. angeregt worden ist, pro Mitglied vierteljährlich einen Beitrag von 10 Pf. für die technische Gauskasse abzuführen, um die technischen Bildungsbestrebungen in den kleinen Mitgliedschaften zu ermöglichen.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes, wurden die schwierigen Verhältnisse für die Organisation des Hilfspersonals von dem Vertreter des Hilfsarbeiterverbandes, Kollegen Sparckuhl (Hannover) geschildert. Gleichzeitig sprach er den Wunsch aus, daß zu unseren Tagungen die Vertreter der befreundeten Organisation des graphischen Gewerbes besonders eingeladen werden.

Die Prüfung der Lehrlinge wird kurz besprochen, daneben werden noch einige andere Fragen

behandelt. Die beantragte Entlastung der Gauleitung wird einstimmig beschlossen. Ferner wird einstimmig beschlossen, den nächsten Gautag in Bremen stattfinden zu lassen. Hierzu wird besonders gewünscht, den Gautag so zu legen, daß er vor den Festtagen noch beendet werden kann.

Nachdem den Bielefelder Kollegen der Dank für die Unterbringung des Gautages ausgesprochen war, wurde die Tagung mittags 12 geschlossen.

Heinrich Han n.

### Rundschau.

#### Zum Jubiläum des Verbandsorgans

hat die Arbeiterpresse fast ausnahmslos Stellung genommen und Glückwünsche dargebracht. Dabei ist der „Gr. Pr.“ allgemein ein sehr gutes Urteil gesprochen worden. Zur Information der Kollegenschaft nur zwei Urteile. So schreibt die „Möglichkeit“, das Organ des neuen Industrievereins für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie nach einem Überblick über das Werden und Wirken der „Gr. Pr.“:

„Die ‚Graphische Presse‘ ist ein lesenswertes und lebendig gehaltenes Organ. Behält sie in Zukunft diese Qualitäten bei, dient sie außerordentlich dem Verband der Lithographen und Steindruckere. — Unsere Glückwünsche zu dem Jubiläum.“

Und die „Solidarität“, das Organ der graphischen Hilfsarbeiter urteilt so:

„Im Laufe der Jahrzehnte ist die Zeitung den Kollegen im Verbands der Lithographen und Steindruckere ein Wegbereiter gewesen, sie hat auch weit über den Kreis der Berufskollegen Anerkennung gefunden und der gesamten Gewerkschaftsbewegung manchen schätzenswerten Dienst geleistet. Die schweren Jahre des Krieges und der Inflation waren für unser Bruderblatt harte Zeiten, aber es hat sich durchgesetzt und ist heute unter der Leitung des Kollegen Hans Ronnger für die Kollegen eine gute Waffe im wirtschaftlichen und politischen Kampf. Wir wünschen unserem Kampfgenossen zu seinem Jubiläum weiterhin gute Erfolge. Bei der vorbildlichen Organisation der Lithographen und Steindruckere, die bei den kommenden Tarif- und Lohnkämpfen eine gute Hilfe durch ihr Verbandsorgan finden werden und stets gehabt haben, kann der Erfolg nicht zweifelhaft sein.“

#### 25 Jahre Hoh & Hahne.

Ihr 25jähriges Fabrikjubiläum feierte am 1. Mai die Firma Hoh & Hahne, Leipzig, Fabrik photographischer Reproduktionsapparate, Maschinen und Werkzeuge für die gesamte Reproduktionstechnik. Aus kleinsten Anfängen heraus entwickelte sich das Unternehmen dank der Spezialisierung der Fabrikation und dem Bestreben, sich allen neuzeitlichen Anforderungen der gesamten Reproduktionstechnik anzupassen, zu der heute größten Spezialfabrik dieser Branche auf dem Kontinent. Ihre Erzeugnisse genießen dank der praktischen und zweckmäßigen Konstruktion und der sorgfältigen Ausführung Weltruf und sind in fast allen Ländern in Gebrauch. Gegründet wurde der Betrieb von den Herren Richard Hoh sen. und William Hahne sen., welche denselben auch heute noch unermüdet persönlich leiten und von ihren drei Junioren bestens unterstützt werden.

#### Das Grammophon im Dienste der Arbeiterbewegung.

Jetzt ist auch das Grammophon in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt und dadurch ein neues Werbemittel gewonnen worden. Das paßt gut vor der Wahlschlacht. Denn eine solche Sprechplatte kann sehr gute Dienste leisten. Bisher sind 12 solcher Sprechplatten zu haben, die auf der Vorderseite eine Ansprache und auf der Rückseite ein Lied oder Musikstück haben.

An Sprechplatten sind vorhanden:

- Nr. 1. Ansprache Hermann Müller — Rückseite: Arbeiter-Marseillaise.
- Nr. 2. Ansprache Otto Wels — Rückseite: Sozialistenmarsch.
- Nr. 3. Ansprache Artur Crispian — Rückseite: Internationale.
- Nr. 4. Ansprache Paul Löbe — Rückseite: Reichsbanner-Marsch.
- Nr. 5. Ansprache Marie Arning — Rückseite: Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.
- Nr. 6. Ansprache Carl Severing — Rückseite: Tord Foleson.
- Nr. 7. Ansprache Toni Sender — Rückseite: Das heilige Feuer.
- Nr. 8. Ansprache Otto Braun — Rückseite: Empor zum Licht.
- Nr. 9. Ansprache Siegfried Aufhäuser — Rückseite: Weckruf.
- Nr. 10. Ansprache Theodor Leipart — Rückseite: Auftakt.
- Nr. 11. Ansprache Rudolf Breitscheid — Rückseite: Sturm.
- Nr. 12. Ansprache Marie Juchacz — Rückseite: Wann wir schreien.

Die Platten sind zu beziehen durch den Vorstand der SPD., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Der Preis der Platte beträgt 3,50 Mk.

# Feuilleton.

Was jeder wissen sollte.

Bearbeitet und zusammengefaßt von  
M. Abramowitsch-Jefimof.  
(Nachdruck sowie Übersetzung ohne Genehmigung des  
Verfassers verboten.)

Nationalität wird häufig in grobirtümlicher Weise bald mit Rasse bald mit Staat verwechselt. Wie sehr zu Unrecht die erste Verwechslung besteht, ergibt sich mit voller Eindeutigkeit schon allein aus der näheren Betrachtung der gesellschaftlichen Geschichtsentwicklung und namentlich aus der unter dem Gesichtswinkel dieser Entwicklung vorgenommenen Gegenüberstellung von Rasse und Nationalität. In der frühesten Urzeit, wo die Menschen noch ein herdenartiges Dasein trifteten in Gruppen, die innerlich durch Bande der Blutsverwandtschaft auf das engste verknüpft, gegenseitig aber sowohl wirtschaftlich als auch durch Abstammung vollständig von einander isoliert blieben — in jenen Urzeiten erhielten sich die Rassenunterschiede der in verschiedenen Klimata lebenden Gruppen und Stämme am reinsten und vollständigsten. Aber gerade in bezug auf jene Zeit kann ebensowenig von der Existenz nationaler Eigenarten die Rede sein, wie wenig es jemandem einfallen würde, von der „Nationalität der Herde“ zu sprechen. In der Urzeit befindet sich also die Rasse auf ihrer höchsten Existenzstufe, während der Bestand an nationaler Eigenart dort gleich Null ist. Ein vollständig umgekehrtes Verhältnis zueinander zeigen diese Dinge am entgegengesetzten Pole der Menschheitsentwicklung — in unserer Jetztzeit. Keines der früheren Zeitalter wies auch nur im entferntesten einen derartig hohen Grad an Nationalitätentwicklung auf, wie gerade das gegenwärtige; niemals gelangten noch die Blüten der nationalen Eigenart zu einer derartigen Entfaltung, die buntscheckigen Formen des nationalen Seins zu einer derartigen Ausprägtheit wie in unserer Zeit. Gerade diese Gesellschaften der Neuzeit, die modernen Nationalitäten, weisen nur kümmerliche Reste von Rassenverschiedenheit auf — und selbst diese Reste sind zunehmend im Verschwinden begriffen. Aber auch dort, wo sie in neuzeitlichen Gesellschaften noch bestehen, fallen ihre Abgrenzungen nie mit den Scheidungslinien der Nationalitäten zusammen. Jede der modernen Nationalitäten weist in ihren Grenzen eine Verquickung der verschiedensten Rassenarten auf, während andererseits ein und dieselbe Rassenart sich bei den verschiedensten Nationalitäten vorfindet. — Diese Gegenüberstellung des Verhältnisses von Rasse und Nationalität auf den entgegengesetzten Polen der Geschichtsentwicklung besagt also, daß diese Dinge sich innerhalb der Menschheitsgeschichte nach genau entgegengesetzter Richtung hin entfalten und folglich keine, wie immer auch gearteten Berührungs- oder Knüpfungspunkte mit einander haben.

Daß auch der Staat ebensowenig wie Rasse das Wesen der Nationalität bedingt, erhellt sich vor allem aus der Tatsache des Bestehens von Nationalitätenstaaten. Nationalitätenstaat ist ein Staat, in dem verschiedene Nationalitäten beisammen wohnen (die Schweiz, die Tschechoslowakei, die Vereinigten Staaten Amerikas). Den ausgeprägtesten Nationalitätenstaat bildete vor dem Kriege die österreichische Monarchie. Die Tschechen haben ebensowenig wie die Deutschen, Polen, Ruthenen, Slowaken von ihrer nationalen Eigenart auch nur das mindeste dadurch verloren, daß sie mehrere Generationen hindurch zusammen mit den anderen Nationalitäten in einem Staate lebten. Die großen nationalen Konflikte entstanden ja dort gerade dadurch, daß die herrschende Klasse einer Nationalität sich als alleinige Repräsentantin des Staates betrachtete und diesen zum Werkzeug ihrer nationalen Vorherrschaft machte. An sich genommen wirkt der Staat weder nationalitätenbildend noch zerstörend. Diese Tatsache findet ihre weitere Erhärtung in dem Umstande, daß das Wesen der Nationalität keinesfalls durch Grenzpfähle beeinträchtigt wird. So haben die Deutschen Österreichs und der Schweiz deswegen noch nichts von ihrer nationalen Eigenart eingebüßt, daß sie jenseits der Reichsgrenzen lebten. (An sich betrachtet ist die so sehr brennende deutschösterreichische Anschlussfrage kein eigentliches nationales, sondern in erster Reihe ein wirtschaftspolitisches Problem.)

Was dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Nationalität weder eine Naturgegebenheit ist, noch staatspolitisch bedingt, sondern eine durch Auswirkungen einer entsprechenden Gesellschaftsordnung entstandene, also zeitgebundene Form sozialer Eigenart ist. Der Umstand, daß Nationalitäten nicht von Anfang an da war, sondern sich erst zu einem gewissen Zeitpunkt allmählich herausbildete, besagt, daß es augenscheinlich nur eine bestimmte Gesellschaftsordnung sein kann, die nationalitätenbildend wirkt. Eine nähere Betrachtung der Dinge zeigt, daß die nationalen Lebensformen, wie schon erwähnt, erst in unserem Zeitalter zur vollen Entfaltung gelangen und daß sie in früheren Zeiten nur dort und nur ins-

fern zu entstehen pflegten, als sich auch damals schon Ansätze einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auswirkten. So bei den Phöniziern, bei den alten Ägyptern, bei den Juden der palästinischen Periode, bei den Griechen und Römern im Altertum; bei Völkern, in denen die kapitalistische Wirtschaftsform (Handelskapitalismus) sich bereits bis zu einem gewissen Grade entwickelt hat. Hingegen weist die Zeit des reinen Feudalismus in der ersten Hälfte des Mittelalters keine Spur von nationaler Eigenart auf. Das besagt, daß Nationalität ein Produkt kapitalistischer Wirtschafts- und Lebensgestaltung ist. In der Tat: Der im Verlauf kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung zunehmende Verkehr ruft einen immer reger werdenden Austausch sämtlicher Lebensgüter (wirtschaftlicher wie geistiger) unter den verschiedenen Gesellschaften hervor. Kraft dieses Austausches üben die kapitalistischen Gesellschaften gegenseitig einen Einfluß aufeinander aus, der für ihre Wirtschafts- wie für die gesamte Kulturgestaltung von verschiedener Wirkung ist. Indes: die Art, die Zusammensetzung und die Gesamtheit des von den übrigen ausgeübten Einflusses gestaltet sich für jede einzelne Gesellschaft anders. So z. B. ist der Einfluß der Franzosen, Polen und Engländer auf die Lebensgestaltung der Deutschen ein anderer, als jener der Polen, Franzosen und Deutschen auf die englische Lebensgestaltung; dieser wiederum — anders, als der Einfluß, den die Deutschen, Franzosen und Engländer auf die Lebensgestaltung der Polen haben usw. Dieser stete Unterschied bewirkt in jeder kapitalistischen Gesellschaft ein anderes Entwicklungstempo und somit auch eine eigenartige Zusammensetzung der für dieses Zeitalter maßgebenden gesellschaftlichen Kräfte. Denn sind es auch dieselben Elemente, die in allen modernen Nationalitäten das Wirtschaftsleben bilden: Industrie, Handel, Handwerk, Großgrundbesitz, Bauernwirtschaft, Großkapital, Mittelstand, Lohnproletariat — so ist doch das zwischen diesen Elementen bestehende Kräfteverhältnis in jeder Nationalität anders. Aus diesem, innerhalb einer jeden Gesellschaft bestehenden eigenartigen Kräfteverhältnis geht die Eigenart ihrer Lebensgestaltung hervor — die nationale Form der kapitalistischen Zeitkultur. Nationalität ist also nie Kulturinhalt, sondern stets Kulturförm. Ihrem Inhalte nach ist die heute vorherrschende Zeitkultur überall die gleiche bürgerliche Kultur — nur kommt sie bei jeder Gesellschaft in anderer, eigenartiger Weise zum Ausdruck.

Die nationale Eigenart erstreckt sich auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens — auf Geisteskultur wie auf Politik, auf Wirtschaft wie auf das Gebiet der sozialen Bewegungen. Sehr bezeichnend und lehrreich in dieser Hinsicht ist die Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung: Der Syndikalismus der französischen, der engere Tradeunionismus der englischen, der starke politische Einschlag der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zeigen uns deutlich, wie sehr nationalverschieden die Formen sind, in denen sich die in ihrem sozialen Inhalte überall gleiche Bewegung der Arbeiterklasse kundgibt.

Die nationale Eigenart ist nicht meßbar. Wohl kann eine Gesellschaft sich auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe befinden als die andere; was aber diese beiden Gesellschaften zu Nationalitäten macht, ist die Eigenart schlechthin, die an sich weder „höher“ noch „niedriger“ sein kann. Als zeitgebundene und zeitbedingte sind alle bestehenden und entstehenden nationalen Eigenarten der Gegenwart ebenso unumgänglich wie unentbehrlich; jede gewaltsame, künstliche Beeinträchtigung ihrer kommt einer Beeinträchtigung der Kultur und des gesamten gesellschaftlichen Lebensniveaus gleich.

Nationalismus ist die Höherwertung irgendeiner nationalen Eigenart als einer „besonderen“, „über“ der Eigenart der anderen Nationalitäten stehenden Daseinsform. Der konsequente Nationalist, der als Deutscher glaubt, daß am deutschen Wesen die Welt zu genesen hat, als Franzose wiederum seine Eigenart nahezu vergöttert — bejaht von der ganzen Fülle bestehender Nationalitäten eigentlich nur eine einzige — seine eigene. Folgerichtig muß er alle anderen nationalen Eigenarten als „minderwertige“ ablehnen und — im nationalistisch verstandenen Interesse der Menschheit — wünschen, daß sie alle verschwinden, sich in seine „höhere“, „wertvollere“ Eigenart auflösen. Der konsequente Nationalist ist also in seiner Stellungnahme zum nationalen Sein nur minimal-bejahend. Der Nationalismus als Idee und Bestrebung ist aber keine „innere Angelegenheit“ einer einzigen Nationalität nur. Er wird durch die gleichen sozialen Ursachen in der bürgerlichen Kreise aller modernen Nationalitäten hervorgerufen; er ist selbst eine internationale Erscheinung und kann nur als solche bewertet werden. Wie ist nun die letzte Auswirkung und Konsequenz des Nationalismus als internationale Erscheinung? Ginge es nach dem Wunsche der deutschen Nationalisten, so müßten alle anderen nationalen Eigenarten verschwinden; nach dem Wunsche der französischen Nationalisten müßten aber alle anderen Eigenarten mit samt der deutschen das gleiche Schicksal ereilen; nach dem italienischen Nationalismus müßte auch

die französische Eigenart verschwinden — und so weiter und so weiter. Könnte also eines Tages der gesamte, in der Welt bestehende Nationalismus sich restlos verwirklichen, so würde die unmittelbare Folge dessen das restlose Verschwinden sämtlicher nationalen Eigenarten sein. Ist also der einzelne Nationalist noch minimal-national, indem er wenigstens seine eigene Nationalität bejaht, so ist der Nationalismus als Ganzes in seiner objektiven Auswirkung ausgesprochen antinational.

Internationalität (Internationalismus) ist das Prinzip der Gleichgeltung und Gleichstellung aller nationalen Eigenarten. Sein Ausgangspunkt ist die grundsätzliche und gleichmäßige Bejahung aller bestehenden Nationalitäten. Im Gegensatz zum Nationalismus birgt der Internationalismus in sich ein Höchstmaß von Anerkennung alles nationalen Seins. Der Internationalist ist also der inneren Konsequenz seiner Gesinnung gemäß maximal-national.

## Was wir wollen.

In der menschlichen Natur können wir deutlich zwei Triebe beachten; den Trieb, ausschließlich die eigenen Interessen zu vertreten, unbekümmert um das Wohl und Wehe anderer Menschen, und den Trieb, sich an seinesgleichen anzuschließen und fremde Interessen zu fördern unter Zurückdrängung des eigenen Vorteils. Der eine Trieb, den wir mit dem Namen Egoismus, d. h. Ichsucht (ego=ich) bezeichnen, sondern den Einzelmenschen von seiner Gruppe ab und bewegt ihn, den Kampf ums Dasein aus eigener Kraft zu führen, der zweite Trieb, den wir Altruismus (alter=der andere) nennen, erzeugt den Willen zum gemeinsamen Kampf ums Dasein, in dem der eine, dem anderen hilfreich zur Seite steht. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint uns der Egoismus als Individualismus (Individuum = Einzelmensch), als der Kampf aller gegen alle, indem jeder einzelne rücksichtslos sein persönliches Interesse durchzusetzen sucht, während der Altruismus als Sozialismus (sozius = Genosse) erscheint, der das gemeinsame Interesse aller in den Vordergrund drängt und die Menschheit zu einer Interessengemeinschaft zusammenfassen will. Hier stoßen wir auch auf den Unterschied zwischen einer Gesellschaft und einer Gemeinschaft. Eine Gesellschaft besteht aus Menschen oder Gruppen, die lediglich ihren eigenen Vorteil suchen nach dem bekannten Satze: „Erst kommen wir und dann kommen wir noch einmal und dann kommt ihr anderen noch lange nicht!“, eine Gemeinschaft besteht aus Menschen oder Gruppen, die innerlich miteinander verwandt sind, die sich gegenseitig zu fördern suchen und Hand in Hand miteinander arbeiten. In einer Gesellschaft geben die Gegensätze den Ausschlag, sie führen zu immer neuen Reibungen und Kämpfen und schaffen dadurch eine Stimmung gegenseitigen Neides, Hasses und Widerwillens, in einer Gemeinschaft spielen die Berührungspunkte die ausschlaggebende Rolle, sie gestalten das Zusammenleben und Zusammenarbeiten harmonisch und erzeugen dadurch eine Stimmung des Wohlwollens, der Liebe, der Friedfertigkeit. Deshalb spricht man mit Recht von einer kapitalistischen Gesellschaft, die durch eine sozialistische Gemeinschaft abgelöst werden soll.

Wie uns die Entwicklungsgeschichte der Menschheit lehrt, sind die Urmenschen gruppenweise, gleichsam büschelweise, ins Dasein getreten und haben den Kampf ums Dasein gruppenweise geführt. Wie hätte auch ein einzelner, auf seine eigene Kraft gestellter Mensch den Kampf gegen die Naturgewalten und die Riesentiere der Urzeit siegreich bestehen können? Nur durch den festen Zusammenschluß, durch die gegenseitige Unterstützung der Menschen untereinander ist es möglich gewesen, daß der Mensch als Sieger aus diesem Kampfe hervorgegangen ist. In diesem gruppenweise geführten Existenzkampf entwickelte sich der Solidarismus (solidum = der Boden) zu einer immer größeren Macht. Zunächst schloß er alle jene Menschen zu einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Hilfgemeinschaft zusammen, die demselben Mutterboden entprossen, die durch die Bande des Blutes, der Familie untereinander verbunden waren. Die Familie, die Sippe, bildete die Zelle, aus der die späteren menschlichen Gesellschaften und Gemeinschaften: die Völkerstämme und die Staaten entstanden. Spuren dieses ursprünglichen Solidarismus, der die Angehörigen eines Stammes, die Bewohner einer Gegend umschlang, finden wir noch in dem Gefühl der Landsmannschaft, das jene Menschen seelisch zusammenriß, die aus ein und derselben Gegend stammten und sich deshalb innerlich näher stellten als jene Menschen, die aus einer anderen Gegend stammten. Vor zwei Jahrtausenden zerfielen die alten Germanen in zahlreiche kleine Stämme: Cherusker, Chatten, Usipiter, Tenkterer usw., die untereinander nichts gemein hatten und sich gegenseitig bis aufs Blut bekämpften. In diesen Stämmen herrschte der Sippensozialismus, ihre Angehörigen hielten wie Pech und Schwefel zusammen, aber jeder Fremde war ihr Feind. Aus diesen vielen kleinen Stämmen entwickelten sich einige wenige große Völkerstämme: die Sachsen,

die Franken, die Suevoen usw. Im Laufe der Zeit wurden diese Stämme zu Staaten, deren Angehörige nicht nur wirtschaftlich und rechtlich zueinander gehörten, die auch durch das Nationalgefühl verbunden waren. Das war die Zeit, als der Nationalismus entstand, der noch heute in der Form des preußischen, bayerischen, hannoverschen Partikularismus weiterlebt. Als sich die deutschen Einzelstaaten unter dem Einfluß der Industrie und des Verkehrswesens zu einem einzigen Deutschland zusammenschlossen, kam das Volksbewußtsein auf und der Volkssolidarismus, der seinen treffendsten Ausdruck findet in den Schillerschen Versen: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ Man weiß, wieviel heutzutage von einer deutschen Volksgemeinschaft gesprochen wird, die auf dem solidarischen Zusammenwirken aller Volksschichten beruhen soll, man weiß aber auch, wie wenig von einer solchen Volksgemeinschaft zu merken ist in einem Volke, das durch die schroffsten wirtschaftlichen, sozialen, politischen, geistigen und religiösen Gegensätze zerklüftet und innerlich zerrissen ist. Immerhin besteht auch heute noch ein gewisser Volkssolidarismus, der bei diesen oder jenen Anlässen, bei freudigen und schmerzlichen Erlebnissen, mit elementarer Kraft zutage tritt.

Neben dem Solidarismus des Blutes beobachten wir auch einen Solidarismus des Berufes. Von jeher haben die Menschen, die den gleichen Beruf ausübten, gemeinsame Berührungspunkte untereinander gehabt. Sie sympathisierten miteinander und unterstützten sich gegenseitig in allen Wechselfällen des Lebens. Im mittelalterlichen Handwerk sehen wir diesen Berufssolidarismus stark ausgeprägt. Die verschiedenen Berufe: Schneider, Tischler, Schmiede, Schlächter, Bäcker usw. hielten sich streng voneinander abgesondert. Sie hatten ihre eigenen Herbergen und Festlokale, ihre eigenen Bräuche und Ausdrücke, sie verkehrten nicht zusammen, sie hänselten sich, wo sie sich trafen, und wenn sich die Gelegenheit bot, verprügelten sie sich nach allen Regeln der Kunst. Der eine Beruf dünkte sich über den anderen turmhoch erhaben, der eine Stand blickte hochmütig auf den anderen herab. Diese Gegensätze schliessen sich allmählich ab, als die Großindustrie die Menschen der verschiedenen Berufe in einem Betriebe sammelte und sie unter gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausbeutete. Jetzt fielen die Schranken und die Unterschiede verschwanden sich, die Angehörigen der verschiedenen Berufe schlossen sich zusammen, an die Stelle des Ständebewußtseins trat das Klassenbewußtsein. Allerdings ist ersteres noch nicht völlig ausgestorben, es gibt noch immer Arbeiteraristokraten, die die gewöhnlichen Proleten als minderwertige Menschen ansehen, aber das Klassenbewußtsein und damit der Klassensolidarismus gewinnt täglich an Boden. Die Gewerkschaften, die auf eine proletarische Einheitsfront hinzielen, liefern den sprechenden Beweis dafür. Sie sind die Träger des Klassensolidarismus und die Erzieher zum solidarischen Handeln, selbst über die Ländergrenzen hinaus strecken sie ihren Klassengenossen die Bruderhand helfend entgegen. Dieser Solidarismus des werktätigen Volkes findet seine Krönung im Internationalismus, der ein friedliches Zusammenwirken aller Kulturvölker anbahnt. Nicht mehr gegenseitig zerfleischen sollen sich die Völ-

ker, sie sollen sich verständigen und versöhnen auf dem Boden einer internationalen Interessensolidarität.

Der Grundgedanke, der einem jeden Solidarismus zugrunde liegt, ist die Gemeinsamkeit der Anschauungen und des Willens. Wer Solidarität übt, erblickt in dem anderen Menschen einen gleichberechtigten und gleichwertigen Genossen, der Liebe und Hilfe verdient. Er hält es für seine heiligste Pflicht, ihm Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist, er hütet sich mit peinlicher Sorgfalt ihm zu verletzen oder zu schädigen. „Der Mensch sei dem Menschen heilig“. Dieses Fichtewort bildet die Richtschnur seines Tuns und Lassens, und die Menschenliebe, die uns lehrt, wie lieb und verwandt der eine Mensch dem anderen ist, beeinflußt sein Verhalten gegen die anderen Menschen. Zu diesem Solidarismus, der edelsten Blüte menschlicher Pflichterfüllung, müssen die Menschen erzogen werden. Noch wohnt in zahlreichen Menschenherzen die Selbstsucht, die über Leichen geht, aber die Erziehung im Geiste des Sozialismus wird die Menschheit auf eine höhere Stufe edlen Menschentums heben. Das Goethewort: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut“ wird dann zu einer Selbstverständlichkeit werden und das Band der Liebe und Gerechtigkeit wird die Menschen umschlingen. Das bedeutet natürlich nicht die Erötung des eigenen Ichs und die Vernachlässigung der eigenen Interessen zugunsten der Fremden. Dieser extreme, hemmungslöse und schrankenlose Altruismus ist ebenso falsch wie der schrankenlose Egoismus. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Die heile, gesunde Selbstsucht, die das berechtigte Interesse des Einzelmenschen oder der Gruppe betont, ist durchaus nicht zu verurteilen nach dem Sprichwort, daß sich jeder selbst der Nächste ist und daß einem das Hemd näher ist als der Rock; was ausgetrotzt werden muß, ist die rücksichtslose Selbstsucht, die fremde Interessen mit Füßen tritt. Der richtige Solidarismus ist der Egoaltruismus, die Sorge für das eigene Interesse mit bewußter Rücksichtnahme auf das Wohl und Wehe der Mitmenschen, er bildet die Mittellinie zwischen gänzlicher Selbstaufopferung und brutalem Egoismus, er beruht auf dem Individualsozialismus, der Betonung der eigenen Persönlichkeit, die sich aber immer des Gemeinschaftsgedankens bewußt ist. Selbstverständlich fordert der wahre Solidarismus die gegenseitige Hilfe, die Unterstützung auf Gegenseitigkeit.

Dieser Solidarismus, der die Gerechtigkeit, die Menschenliebe und die soziale Gleichwertung in sich schließt, muß dem menschlichen Zusammenleben seinen Stempel aufdrücken. Er muß zum Leitstern unseres Tuns und Lassens werden im Verkehr der Menschen untereinander, im Völkerleben, im wirtschaftlichen, sozialen und staatlichen Leben, auch im Verkehr der Völker untereinander muß er die Richtschnur unseres Handelns sein. Volkssolidarismus und Völkersolidarismus — das ist das Ziel, dem die Menschheit zustrebt, das ist das Ideal, dessen Verwirklichung uns Frieden und Glück bringen wird. Alle Kämpfe, die wir zu führen gezwungen sind, haben den alleinigen Zweck, den Boden zu ebnen und die Vorbedingungen zu schaffen, für ein solidarisches Hand-in-Hand-arbeiten aller Menschen, die eines guten Willens sind.

### Vom Büchertisch.

Das sozialistische Jahrhundert. Monatschrift für Religion des Sozialismus und sozialistische ethische Kultur. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Bothfeld. Heft Nr. 3. Preis vierteljährlich 60 Pf. und 15 Pf. Porto.

Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie? Ein Vortrag von Th. Leipart. Verlagsgesellschaft des ADGB., G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6. Preis 30 Pf.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart, hat am 2. März d. J. im Volkshaus in Dresden vor einer Konferenz, die der Bezirksausschuß des ADGB. einberufen hatte, einen Vortrag gehalten, worin er als einen der wichtigsten Abschnitte des Gewerkschaftskongresses in Hamburg die Fortentwicklung der Debatte über die Wirtschaftsfragen damit abgeschlossen, daß die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie erhoben wurde. Der Vortrag ist jetzt in einer Broschüre erschienen und ist allen, die sich vor dem diesjährigen Gewerkschaftskongress schon über die Frage der Fortsetzung der Debatte über Wirtschafts-Demokratie interessieren, anlegendlich zu empfehlen.

Über psychologische und ethische „Läuterung“ des Marxismus. Von Prof. Dr. Max Adler. „Jungsozialistische Schriftenreihe“, herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Kart. 85 Pf.

Max Adlers neue Schrift ist die um ein Kapitel „Revidierte erweiterte Wiederabgabe eines Vortrages in der „Freien Sozialistischen Hochschule“ zu Berlin. Der Wiener Marxist setzt sich mit jener Kritik des Marxismus auseinander, die vom Standpunkt der Ethik oder Psychologie aus glaubt, ihn entweder ganz ablehnen oder doch zumindest ergänzen, „läutern“ zu müssen. Der begrifflich scharfen Umreibung dessen, was eigentlich Marxismus ist, folgt eine Darstellung der kritischen Gedankengänge gegen den Marxismus, die Adler mit dem Hinweis darauf ablehnt, daß alles das, was sie vermissen oder herabsetzen, längst in ihm enthalten sei. Dürfe man ihn doch rechtens als die Theorie der sozialen Ideologien charakterisieren. Das aus der Leidenschaft erlebten Wissens geborene Plädoyer Adlers für den unverfälschten Marxismus wird sicherlich nützliche Aufklärungsarbeit leisten.

### Adressen-Änderungen.

- Nachtrag zum Adressenverzeichnis der Auskunftserteiler, siehe „Gr. Pr.“ Nr. 11, 1928.
- Augsburg: Otto Sauler, Lindenstr. 22, II.
- Chemnitz: Lithogr. u. Steindr.: Arthur Freude-mann, Amalienstr. 52, III.
- Chemigr.: Hans Weber, Hainstr. 103, II.
- Hannover: Lithogr. u. Steindr.: Emil Wels, Seydlitzstr. 7.
- Chemigr.: Manfred Längnickel, Hannover-Kleeefeld, Brentanostr. 28.
- Mannheim: Willy Beckers, Mannheim-Neckarau, Mönchwörthstr. 13, I.
- Saarbrücken: Hermann de Bruin, Saarlouis, Pfälzer Ring, Astra-Wohnhaus.
- Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiedrucker. Gehilfenvertreter des Tarifausschusses: Kreis IV: Fritz Schnell, München, Dachauerstr. 41.
- Arbeitsnachweise der Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiedrucker. Hannover: Fritz Strübind, Hannover, Gerberstraße 1A, I.
- Osterreich: Graz: Josef Neuhold, per Adr.: Sekretariat des Österreichischen Senefelder-Bundes, Graz, Radetzkystraße 5.

Wir suchen zum baldigen Eintritt in dauernde Stellung einen tüchtigen

## Positiv-Retuscheur Negativ-Retuscheur

sowie auch einen

Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an:  
**Junghans & Koritzler, Meiningen (Thüringen).**

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.

**Ia Auswaschtinktur** Zinkbltzsalz D. R. P.

**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.

Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Ferrispr. Mor. 12289

## PHOTO-LITHOGRAPHEN

der auch in der Lage ist, Entwürfe für Etiketten, Packungen, Reklamendrucksachen herzustellen, sucht  
Carl Goldammer, Lauban (Schlesien).



Wochenende und Urlaub!

Kein Sport läßt die Schönheiten der Natur in so köstlicher Weise erleben, wie das Wasserwandern. Jedermann erlernt das leichte Fortbewegen des Bootes mittels der Paddel in längstens einer Viertelstunde, da es eine ungezwungene natürl. Bewegung ist.

Über 6000 begelartete Anerkennungs-schreiben bezeichnen Klepper als das weltäus beste u. einzig richtige Wanderboot. In Rucksack und Stabtasche bequem verpackt kann das zerlegbare Boot überall leicht mitgeführt werden. Nur direkter Versand an Private ab-Fabrik oder durch die im Katalog verzeichneten Fabrik-Ge-läger. - Zahlungs-erleichterungen.

Kostenlos senden wir Ihnen unseren interessanten Katalog A 16 mit ca. 170 wundervollen Original-Aufnahmen aus aller Welt.

### Klepper

Faltboot-Werke, Rosenheim 39  
Größte Faltbootwerft der Welt

Ein bis zwei tüchtige

## Positiv-Retuscheure

in gutbezahlte Dauerstellung für sofort oder später gesucht

**KUNSTANSTALT SAUTTER**  
Reutlingen-Stuttgart.



## Fachliteratur!

Der Filmlichtdruck von Otto Neubert

Preis inkl. Nachnahme 1,70 RM.

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.